

DUHwelt

magazin

Deutsche Umwelthilfe e.V. | www.duh.de

4|2020



Jahresbericht 2020

Zahlen und Fakten
aus unserer Arbeit

Ziele und
Erfolge der DUH

Interviews
und Ausblick



.....

Wäre es nicht mal an der Zeit, über grundsätzlichere Lehren aus der Pandemie zu diskutieren? Können wir uns überhaupt noch einen Lebensstil erlauben, der auf der Idee einer unbegrenzten Mobilität und einem komplett aus den Fugen geratenen Überkonsum fußt? Und dann wären wir ganz schnell bei der noch viel gravierenderen Herausforderung für die Menschheit, nämlich dem Kampf gegen den Klimawandel.

.....



Foto: DUH/Heidi Scherm

Prof. Dr. Harald Kächele,
Bundesvorsitzender Deutsche Umwelthilfe e.V.

Liebe Leserin, lieber Leser,

2020 war weltweit für die Menschen kein leichtes Jahr. Die Corona-Pandemie hat uns und das gesamte gesellschaftliche Leben fest im Griff. Wir tun gut daran, dieser gewaltigen Aufgabe die genügende Aufmerksamkeit zu schenken. Die aktuelle Debatte ist mir ein Jahr nach Auftauchen der Krankheit jedoch immer noch zu sehr auf das akute Krisenmanagement fokussiert. Wäre es nicht mal an der Zeit, über grundsätzlichere Lehren aus der Pandemie zu diskutieren? Können wir uns überhaupt noch einen Lebensstil erlauben, der auf der Idee einer unbegrenzten Mobilität und einem komplett aus den Fugen geratenen Überkonsum fußt? Und dann wären wir ganz schnell bei der nächsten und für mein Dafürhalten noch viel gravierenderen Herausforderung für die Menschheit, nämlich dem Kampf gegen den sich immer deutlicher abzeichnenden Klimawandel.

Vor fünf Jahren einigten sich 196 Staaten im Pariser Klimaabkommen auf verbindliche Klimaziele. Ein großer Erfolg – auf dem Papier. Bis heute ist es der Politik jedoch nicht gelungen, ausreichend effektive Maßnahmen zu beschließen, um diese Ziele zu erreichen.

In der Corona-Krise hat die Bundesregierung gezeigt, dass sie durchaus in der Lage ist, Maßnahmen zu ergreifen und durchzusetzen. Und die Bürgerinnen und Bürger, also wir, sind solidarisch und zeigen eine große Bereitschaft, diese enormen Veränderungen mitzutragen. Hunderte Milliarden Steuergelder werden bereitgestellt, um die Folgen der Corona-Beschränkungen für Wirtschaft und Gesellschaft abzufedern. Diese enormen Mittel können jedoch nur einmal ausgegeben werden. Gerade deshalb wäre es so wichtig, diese Steuergelder jetzt so einzusetzen, dass sie neben der akuten Bekämpfung der Corona-Folgen auch einen Beitrag zum Erhalt unserer Lebensgrundlagen und für den Klimaschutz leisten.

Trotz der in diesem Jahr schwierigeren Rahmenbedingungen hat das DUH-Team mit hundertprozentigem

Einsatz für Lösungen gekämpft, die der Gesundheit, der Umwelt und dem Klimaschutz dienen. Einige dieser Lösungen wie zum Beispiel ein Tempolimit, verursachen kaum Kosten, verhindern jedoch schwere Verletzungen und entlasten gerade jetzt unsere Krankenhäuser.

Weil die Klimakrise diejenigen am härtesten trifft, die am wenigsten dazu beigetragen haben, wie Kinder und Jugendliche hier oder Menschen aus Nepal und Bangladesch, fordern wir in Klagen für das Klima eine Verurteilung der Regierung auf wirksame Klimaschutzmaßnahmen.

Im Jahresbericht erfahren Sie auch, wie wir uns eingesetzt haben für die energetische Sanierung von kommunalen Gebäuden, die Verschärfung der Düngeverordnung, sichere Radwege oder gegen fossile Energieträger, klimaschädliche Technologien und Subventionen. Wir wollen Plastik aus dem Alltag verbannen und verlangen ein Lieferkettengesetz, das die für unseren Fleischkonsum brennenden Regenwälder schützt.

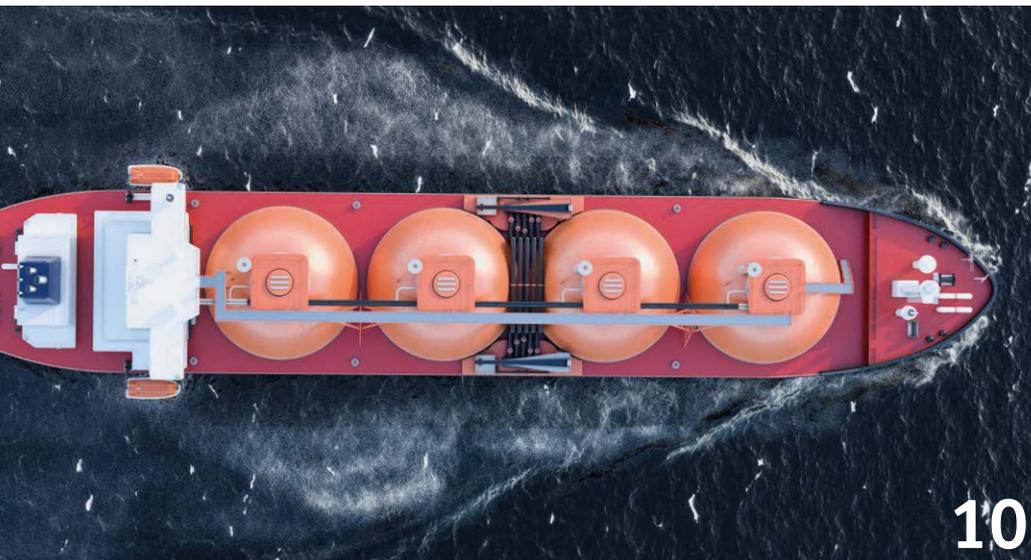
Dass wir den Druck auf Entscheiderinnen und Entscheider in Politik und Industrie sogar verstärken konnten, verdanken wir auch Ihrer Unterstützung! Dafür danke ich Ihnen im Namen des ganzen DUH-Teams!

Lesen Sie auf den nächsten Seiten, was wir gemeinsam für Natur, Umwelt und Klima – kurz gesagt: für uns alle – erreichen konnten. Die Politik darf Klima- und Nachhaltigkeitsziele nicht noch weiter in die Zukunft verschieben! Wir freuen uns, wenn Sie auch im wichtigen Wahljahr 2021 dafür mit uns kämpfen!

Viel Freude mit diesem Lesestoff wünscht

Ihr

Harald Kächele



10



11



14



Fotos: aleslmx/stock.adobe.com (o); Colette/Fotolia (u.l.); Stefan Wieland/DUH (u.r.); Salahuddin Ahmed/stock.adobe.com (großes Bild)

- 3 Editorial**
- 8 Wir klagen für besseren Klimaschutz**
Die Erderwärmung wirkt sich bereits jetzt massiv aus. Angesichts der unambitionierten Klimaschutzpolitik Deutschlands sind wir vor Gericht gegangen.
- 10 DUH an der Spitze der LNG-Protteste**
- 11 Wir denken Klima- und Artenschutz zusammen**
- 11 Beharrlich gegen das Politikversagen**
Energetische Sanierungen brauchen finanzielle Anreize.
- 12 Unsere Arbeit wirkt: Die Luftqualität wird besser**
Wo die DUH geklagt hat, wird die Stadtluft messbar sauberer.
- 14 Tempolimit jetzt! Damit das Klima nicht auf der Strecke bleibt**
Erfreulich: Viele Menschen teilen unsere Forderung.
- 14 Mit Vollgas in die Klimakrise: DUH lenkt gegen die SUV-Flut**
Die deutsche Politik fördert den Trend zu hochmotorisierten, schweren Autos.
- 15 Saubere Luft im ganzen Land**
Wir kämpfen gegen Feinstaub, Stickoxide, Ammoniak und mehr.
- 15 Böllerfrei ins neue Jahr**
- 15 Emissionsarme Öfen dank Blauem Engel**
- 16 „Wir werden das Tempolimit durchsetzen!“**
Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch spricht über die Mobilität der Zukunft. Die Zeit sei längst reif für ein Tempolimit.
- 18 Mit Mehrweg die Plastikflut stoppen!**
Wir befördern die Anwendung moderner Mehrwegkonzepte.
- 19 Aktiv gegen Plastikmüll**
- 19 Zukunftstechnologie Batterien**



Genossenschaft Deutscher Brunnen eG (GDB) (o.r.); Hölzer/DUH (u.r.)

20 „Es geht nicht um Verzicht, sondern um Alternativen“

Gute unternehmerische Ideen für mehr Umweltschutz müssen in die Fläche kommen, sagt die Stellvertretende Bundesgeschäftsführerin Barbara Metz und verlangt dafür Unterstützung vom Staat.

22 Der Kampf um die letzten Quadratmeter

Die Sojallieferkette muss transparenter werden.

23 Ein bunter Strauß für den Insektenschutz

23 Futter bei die Fische

Wir klären auf: Aquakultur trägt zur Überfischung bei.

23 Auenschutz mit Hufen

Ein Modellprojekt für den Hochwasser- und Naturschutz an Flüssen.

24 „Wir brauchen ein Lieferkettengesetz mit Zähnen“

Ein neues Leitbild für die Landwirtschaft fordert Bundesgeschäftsführer Sascha Müller-Kraenner und erläutert die ökologischen Zusammenhänge.

26 Vom Schulhof ins Quartier

Schulhof-Projekte haben einen festen Platz in unserer Arbeit.

27 Voneinander lernen bringt's

Europäische Kommunen profitieren von Vernetzung.

28 Wir kämpfen für ehrliche Spritverbrauchsangaben

29 Den nachhaltigen Konsum stärken

30 UmweltMedienpreis 2020

31 Hand in Hand-Fonds: Hoffnung und Beispiel

31 Der Venture and Nature Fund

32 Unser Jahr in Zahlen

34 Die Finanzierung der DUH

38 Ein Dank an unsere Freunde und Förderer

39 Adressen, Impressum



Foto: Finke/DUH

Vor dem Brandenburger Tor bei der Fridays for Future-Demo „Kein Grad weiter“: Die DUH fordert einen nachhaltigen Meeresschutz und volle Kraft für erneuerbare Energien.



Foto: Finke/DUH

Anlässlich des Energiewende-Gipfels vor dem Bundeskanzleramt: Die DUH forderte Kanzlerin Merkel und die Ministerpräsidenten auf, die Energiewende wiederzubeleben.

Fotos: DUH/Stefan Wieland



Bei der „Wir haben es satt!“-Demo in Berlin hat die DUH gemeinsam mit 27.000 Menschen und vielen anderen Organisationen für eine nachhaltige Agrar- und Ernährungswende demonstriert.

Für sauberes Wasser und saubere Luft: Bauernverbandspräsident Rukwied beim Gülle-Ausschank in Szene gesetzt (rundes Bild).



Foto: DUH

Vorfahrt fürs Klima: Mit einer langen Menschenkette quer durch das Berliner Regierungsviertel hat sich die DUH mit vielen anderen Organisationen gegen die Abwrackprämie gestellt.



Für den ökologisch unsinnigsten SUV Mercedes GLS erhält Daimler von der DUH den Goldenen Geier 2020 an der Konzernzentrale in Stuttgart.



Fossiles Gas hat keine Zukunft: Die DUH protestiert vor der US-Botschaft gegen den Import von klimaschädlichem Fracking-Gas nach Deutschland.

Fürs Klima und die Umwelt in Zeiten von Corona

Das Coronavirus hat die Welt seit Monaten fest im Griff. In der akuten Krise ist die dringendste Herausforderung, die Ansteckungsgefahr mit dem tödlichen Virus einzudämmen und all die zu unterstützen, die infolge der notwendigen Corona-Beschränkungen um ihre Existenz fürchten müssen. Dennoch dürfen Klima- und Umweltschutz gerade jetzt nicht als Luxusproblem abgetan werden. Schließlich sind Eingriffe in die Natur mit verantwortlich für die Pandemie. Wider besseren Wissens wurden Klimakriterien in den Konjunkturpaketen nicht ausreichend berücksichtigt. Damit hat die Bundesregierung die Chance auf eine Trendwende mit Langzeitwirkung vertan und wird ihre Pariser Klimazusammenhangsverpflichtungen nicht einhalten können.

In unserer Arbeit steckt viel Herzblut und wir sind dankbar, dass wir im Corona-Jahr die gesamte Themenbreite fortführen konnten. Ein besonderes Gewicht hat in diesem Jahr unser langjähriges Eintreten für Saubere Luft erlangt. Denn aktuelle Studien sehen die Luftverschmutzung bei einem Viertel der COVID-19-Todesfälle in Deutschland als wahrscheinlichen Cofaktor. Mit unserem Eintreten für strengere Luftreinhaltepläne und saubere Technologien bei Kfz-Antrieben, Kaminöfen und sonstigen Schadstoffquellen sind wir auf der

richtigen Spur. In diesem Heft berichten wir Ihnen von messbaren Erfolgen für bessere Luftqualität.

Corona hat – wie in vielen NGOs, Unternehmen und Verwaltungen – auch unseren Arbeitsalltag verändert. Eine Pause haben wir nicht eingelegt, sondern uns neuen Aufgaben gestellt. Wir mussten Projekte umstricken, unsere digitale Zusammenarbeit und das Home Office neu erfinden und dabei für unsere eigene Gesundheit Sorge tragen. Glücklicherweise ist uns das gut gelungen.

Gleich zu Beginn der Kontaktbeschränkungen konnte Nadine Bethge, Stellvertretende Leiterin Energie und Klimaschutz, mit einem dualen Format für Bürgerbeteiligung zur Westküstenleitung neue Standards setzen: „Durch die Kombination von Präsenz- und digitalen Veranstaltungen konnten wir die Kommunikation und Beteiligung verbessern und sogar mehr Zielgruppen erreichen. Im Ergebnis erhielten wir ein diverseres Meinungsbild.“

Durch viele digitale Konferenzen, Fachgespräche, Webinare und andere Veranstaltungen konnten wir auch unter Corona-Bedingungen mit Bürgern, Verbrauchern, Experten aus Politik und Wirtschaft – mit Ihnen – im engen Austausch bleiben!



» Angesichts der schwachen Klimaschutzpolitik Deutschlands können wir nicht tatenlos bleiben. Mit dem Rechtsweg nutzen wir ein mächtiges Instrument. «

Leonie Lockau,
Referentin des
Bundesgeschäftsführers
Jürgen Resch



Wir klagen für besseren Klimaschutz

Die Maßnahmen der Bundesregierung reichen nicht aus, um die Treibhausgasemissionen genügend zu reduzieren. Nicht einmal ihr eigenes, ambitionsloses Klimaschutzgesetz setzt sie wirkungsvoll um. Damit sich das ändert, setzen wir die Politik unter Druck. Denn es geht um nicht weniger als die Lebensgrundlagen auf dem Planeten.

Hitzewellen, Extremwetterereignisse oder Süßwassermangel nehmen deutlich zu, der Klimawandel gefährdet weltweit die Lebensgrundlagen heutiger und kommender Generationen. Ohne zusätzliche Maßnahmen könnte sich die Erde bis Ende des Jahrhunderts um bis zu vier Grad erwärmen. Constantin Zerger, Leiter Energie und Klimaschutz bei der Deutschen Umwelthilfe, erklärt: „Mit jeder weiteren Erwärmung steigt die Wahrscheinlichkeit, dass das Klimasystem Kippunkte

erreicht. Dann werden sich die klimatischen Bedingungen unkontrollierbar verändern.“

Die DUH geht den Rechtsweg, um die Bundes- und Landespolitik zum Handeln zu bewegen. Mit Klagen vor deutschen Gerichten zielen wir darauf ab, dass Klimaschutzmaßnahmen der Bundesregierung überprüft werden und deren Verbesserung notfalls gerichtlich angeordnet wird.



Bangladesch leidet unter Extremwetterereignissen, die infolge des Klimawandels gehäuft auftreten.

Stagniert, statt zu sinken: der CO₂-Ausstoß des Verkehrssektors

Im Klimaschutzgesetz hat die Bundesregierung Ende 2019 jährliche Höchstmengen klimaschädlicher Treibhausgase festgelegt. „Doch im Verkehrssektor reichen die vorgesehenen Maßnahmen nicht aus, um die Einhaltung dieser Vorgaben sicherzustellen“, erklärt Dorothee Saar, Leiterin des Bereichs Verkehr und Luftreinhaltung. Deshalb hat die Deutsche Umwelthilfe im September 2020 Klage gegen die Bundesregierung vor dem Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg erhoben.

In der Klageschrift fordern wir **Sofortmaßnahmen** für den Sektor Verkehr:

- die schnelle Einführung eines generellen Tempolimits auf Autobahnen und Landstraßen
- ein Ende der Dieselsubventionierung
- eine deutliche Erhöhung des beschlossenen CO₂-Preises
- eine Reform der Kfz-Steuer, durch die Fahrzeuge, die den EU-Grenzwert von 95 Gramm CO₂ pro Kilometer auf der Straße nicht einhalten, deutlich verteuert und nicht mehr als Dienstwagen steuerlich angerechnet werden. Denn die 2021 in Kraft tretende Kfz-Steuerreform wird keine ausreichende Lenkungswirkung entfalten.

Auch die Länder hat die Umwelthilfe im Blick. Im Oktober 2020 hat sie einen Antrag an die Landesregierung NRW gestellt, den Klimaschutzplan, wie gesetzlich vorgesehen, bis zum Ende des Jahres fortzuschreiben. Saar ergänzt: „Je nach weiterem Fortgang bleibt dann die Möglichkeit, dies auf dem Klageweg einzufordern.“

Wir unterstützen die Verfassungsbeschwerden Betroffener

Deutschlands Anstrengungen für den Klimaschutz betrachten auch Betroffene als zu schwach. Sie machten daher Anfang 2020 ihre Grundrechte vor dem Bundesverfassungsgericht geltend. Es handelt sich zum einen um 15 Menschen aus den massiv von der Klimakrise bedrohten Ländern Bangladesch und Nepal. Wirbelstürme und großflächige Überschwemmungen nehmen dort zu; sie vernichten Wohnhäuser und Ernten und bedrohen die Menschen in ihrer physischen Existenz.

Zum anderen erheben zehn Kinder und junge Erwachsene im Alter zwischen elf und 22 Jahren aus Deutschland Beschwerde, die die Folgen der Klimakrise zukünftig hart treffen werden. Beide Verfassungsbeschwerden unterstützt die Deutsche Umwelthilfe mit juristischem und fachlichem Know-how.

„Bangladesch und Nepal zählen zu den Nationen, die äußerst wenig zur Erderwärmung beitragen. Deutschland ist hingegen weltweit sechstgrößter Emittent von CO₂“, erläutert Zerger. „Es muss seinen Beitrag zur Beschränkung des Temperaturanstiegs leisten wie im Pariser Abkommen beschlossen. Die Erderwärmung darf 1,5 Grad nicht überschreiten.“

Das Bundesverfassungsgericht nimmt die Klimaklagen offensichtlich sehr ernst und forderte im Juni 2020 Bundestag, Bundesrat, Kanzleramt und einige Bundesministerien sowie alle Länderregierungen zu einer Stellungnahme auf. Bei Redaktionsschluss lagen der DUH diese Antworten noch nicht vor. „Mit den Unterlagen werden wir uns 2021 intensiv befassen“, kündigt Zerger an.



Yi Yi Prue, Rechtsanwältin aus Bangladesch:
„Ich habe mit vielen vom Klimawandel Betroffenen aus Bangladesch, Nepal und Indien gesprochen. Diesen Menschen möchte ich eine Stimme geben in Ländern, die für die Erderwärmung verantwortlich sind.“



Bruno Saar aus Berlin:
„Mit dieser Klage möchte ich mich für meine Zukunft einsetzen, aber vor allem den Menschen anschließen, die schon heute von der Klimakrise betroffen sind.“



Miriam Siebeck aus Stuttgart:
„Die Bundesregierung wehrt sich vehement gegen jegliche wissenschaftlichen Ratschläge. Diesem Zustand muss ein Ende gesetzt werden.“



Yubraj Tamang lebt in Baiteshwor im Nordosten Nepals. Sein Zuhause wurde durch Erdbeben schwer beschädigt, sodass er umgesiedelt werden musste. Die Bewohner seiner Heimatregion haben immer häufiger mit Überflutungen und Erdbeben zu kämpfen.



» Wer jetzt noch Terminals zum Import von Frackinggas bauen möchte, der schließt eine Wette gegen die Klimaziele ab. Wir setzen alles in Bewegung, um diese irren Pläne zu stoppen. «

Constantin Zerger, Leiter Energie und Klimaschutz



DUH an der Spitze der LNG-Proteste

An der deutschen Nordseeküste planen finanzkräftige Unternehmen der Gaswirtschaft mit Rückenwind der Politik den Bau von LNG-Terminals für den Import von Flüssigerdgas. Dass es hier um schmutziges Frackinggas geht und die Standorte hohen Umwelt- und Sicherheitsrisiken ausgesetzt sein werden, wird ignoriert. In dieses gut laufende Getriebe hat die DUH in diesem Jahr ordentlich Sand gestreut – mit Erfolg!

Unsere Öffentlichkeitskampagne hat die MACHENSCHAFTEN Schritt für Schritt aufgedeckt und die Bevölkerung wachgerüttelt. Tausende Unterschriften belegen die Ablehnung der Terminals durch die Bürgerinnen und Bürger. Gemeinsam mit lokalen Initiativen haben wir den Protest auf die Straße getragen. Selbst in der US-Botschaft in Berlin kennt man nun unsere Position: keine Terminals für klimaschädliches Frackinggas!

Unser Einsatz hat sich gelohnt: Den Investoren ist es offensichtlich ungemütlich geworden. Uniper verkündete im November, die Planungen für den Bau des Flüssigerdgas-Terminals in Wilhelmshaven in der bisherigen Form aufzugeben – ein Riesenerfolg für den Klimaschutz!

Auch für die Standorte Brunsbüttel und Stade liegt weiterhin keine Investitionsentscheidung vor. Umso wichtiger ist es, den Protest jetzt zu intensivieren und breiter aufzustellen. Dabei helfen uns auch Aktive von Fridays for Future, die gemeinsam mit uns eine Petition gestartet haben. Zusätzlich schöpfen wir alle juristischen Mittel aus: Mit Rechtsgutachten konnten wir belegen, dass die Terminals in Brunsbüttel und Wilhelmshaven nicht genehmigungsfähig sind. Derzeit tragen wir weitere Argumente auch für den Standort Stade zusammen.

Doch nach wie vor steht die Politik hinter den Projekten und versucht, die Protestierenden einzuschüchtern. Behörden in Schleswig-Holstein drohen mit „unmittelbarem Zwang“, um den Bau einer Anbindungsleitung für das LNG-Terminal Brunsbüttel voranzutreiben. Mit unserer Hilfe konnten die Betroffenen diese Einschüchterungstaktik öffentlich machen. Der Widerstand wächst dadurch weiter – mehr und mehr lokale Aktionen sind geplant.

Um den Kampf gegen LNG-Standorte voranzubringen, haben wir begonnen, europäische Initiativen zu vernetzen. Erfolgreiche Protestformen werden wir wiederholen – so lange, bis die Planungen endlich aufgegeben werden!

Flüssiges Erdgas braucht eine aufwändige Transport-Infrastruktur. Die Investition in LNG-Terminals würde die Nutzung des fossilen Energieträgers auf Jahrzehnte zementieren (oben).

Wir denken Klima- und Artenschutz zusammen

■ Wenn wir Kohle und Gas ersetzen wollen, brauchen wir viel Windenergie. Was liegt da näher, als die windreichen Standorte vor unseren Küsten zu nutzen? Doch wie stark belasten Windkraftanlagen diese ökologisch wertvollen Meeresgebiete? Anhand dieser Fragen war schnell klar: Wir brauchen das Know-how aus zwei Fachbereichen. Ein Team aus Klima- und Naturschutzexperten der DUH bildete sich, um das Thema fachübergreifend zu bearbeiten. Kernfrage war: Was muss sich ändern, damit mehr Anlagen auf See möglich werden, ohne Arten und Lebensräume weiter zu gefährden?

Im Frühjahr legte die DUH dann ihr Positionspapier „Lösungsansätze für die Offshore-Windenergie“ vor und diskutierte es in Fachforen sowie mit anderen Umweltverbänden. Damit brachte die DUH die Debatte maßgeblich voran und eröffnete neue Perspektiven: Der Zubau von Windenergie ist möglich, wenn naturschutzfachliche Planungsgrundsätze eingehalten werden und die Flächennutzung insgesamt reduziert wird. Weniger Fischerei, weniger Schiffsverkehr und ein geringerer Rohstoffabbau müssen helfen, Arten und Habitate zu entlasten. Und auch Flächen außer-

halb der deutschen Nordsee müssen genutzt werden; dafür muss die Zusammenarbeit mit den übrigen Anrainern verstärkt werden.

Das Offshore-Windkraft-Papier der DUH kam genau zu richtigen Zeit – das Wind-auf-See-Gesetz und die Meeresraumordnung standen in diesem Jahr auf der Tagesordnung. Deutschland hatte zudem die EU-Ratspräsidentschaft inne sowie den Vorsitz bei der North Seas Energy Cooperation.



Beharrlich gegen das Politikversagen

■ In Deutschland müssen allein 14 Millionen Wohngebäude saniert und energetisch ertüchtigt werden. Bis allerspätestens 2050 sollen sämtliche Gebäude – auch die Gewerbeimmobilien – klimaneutral sein. Hohe Effizienzstandards im Gebäudesektor zählen zu den Kernthemen der DUH. Ihre Mitarbeitenden haben unzählige Gespräche geführt,

Veranstaltungen organisiert und öffentlich Druck gemacht. „Ein großer Erfolg war die Einführung der steuerlichen Förderung der Gebäudesanierung, die nun mit dem Klimapaket der Bundesregierung vereinbart wurde“, sagt Anna Wolff, Projektmanagerin im Bereich Energie und Klimaschutz der DUH. Vorausgegangen waren mehr als zehn Jahre Überzeugungsarbeit. „Trotz der jahrelangen Rückschläge haben wir die Förderung immer wieder auf die politische Agenda gehoben. Dass sie nun eingeführt ist, geht auch auf unseren langen Atem zurück“, so Wolff weiter.

Neben dem Klima will die DUH aber auch die Mieterinnen und Mieter schützen: Die Gebäudesanierung muss sozial gerecht umgesetzt werden. Damit niemand über Gebühr belastet wird, muss die staatliche Förderung für die energetische Sanierung noch einmal drastisch angehoben werden, von derzeit 3,5 Milliarden auf bis zu 25 Milliarden Euro pro Jahr. Gemeinsam mit dem Deutschen Mieterbund arbeiten wir weiter daran, Mieter- und Klimaschutz zu verbinden. Auch hier bleiben wir beharrlich.



» Im Energieverbrauch der Bestandsgebäude liegt ein riesiges Einsparpotenzial, das dringend ausgeschöpft werden muss. «

Anna Wolff, Projektmanagerin Energie und Klimaschutz





» Die Verkehrswende bringt nicht nur Saubere Luft, sondern auch weniger Lärm, mehr Sicherheit, kurz: mehr Lebensqualität. «

Dorothee Saar,
Leiterin Verkehr
und Luftreinhaltung



Unsere Arbeit wirkt: Die Luftqualität wird besser

In unserem Einsatz für Saubere Luft haben wir uns in den vergangenen Jahren auf Stickstoffdioxid (NO₂) in deutschen Städten konzentriert. Dank unserer Intervention ergreifen viele Kommunen nun vorbildliche Maßnahmen: Die Verkehrswende kommt näher.

Hauptquelle des Schadstoffs NO₂ ist der Autoverkehr und hier sind es vor allem Dieselfahrzeuge, die das umwelt- und gesundheitsschädliche Gas in großen Mengen emittieren. Der hohe Anteil an Diesel-Pkw kombiniert mit dem Abgasbetrug der Hersteller wirkt gravierend: In einigen Innenstädten wird der EU-weit geltende Grenzwert von 40 µg NO₂/m³ Luft noch immer überschritten. Für sie muss in der Regel das jeweilige Bundesland einen Luftreinhalteplan mit geeigneten Maßnahmen auflegen, um gegenzusteuern. Wir machen uns für das Recht der Bürgerinnen und Bürger stark und fordern, dass der gesetzliche Grenzwert schnellst möglich erreicht wird. Wo Bundesländer untätig bleiben, beschreiten wir den Rechtsweg. Wir haben Klage in 40 Städten

eingereicht. Ein Großteil der Verfahren ist positiv abgeschlossen, keines hat die DUH bislang verloren.

Das Jahr der Vergleichsverhandlungen

Nicht immer folgte auf unsere Klage ein Gerichtsurteil. „Wir freuen uns, dass wir mit vielen Städten konstruktive Vergleichsverhandlungen führen konnten“, betont Robin Kulpa, Projektmanager im Bereich Verkehr und Luftreinhaltung. Mit der Landesregierung Nordrhein-Westfalen und der Stadt Essen konnte die DUH im Dezember 2019 einen Vergleich zur Einhaltung des NO₂-Grenzwertes treffen. Er wurde zum Präzedenzfall für zwölf weitere NRW-Städte, mit denen die DUH im Jahr 2020 rechtsverbindliche Maßnahmenkataloge aus-



gehandelt hat. „Nun können die knapp fünf Millionen Einwohnerinnen und Einwohner dieser Städte endlich Saubere Luft atmen“, sagt Kulpa.

Unsere Arbeit endet nicht an diesem Punkt: In den Vergleichen haben wir das Recht auf Einsichtnahme in die Luftdaten der beklagten Städte vereinbart. Diese werten wir aus und überprüfen, ob die Maßnahmen gut greifen.

Saubere Luft und zukunftsfähige Mobilität gehen zusammen

Dass die von der DUH angestoßenen Maßnahmen wirken, zeigen die offiziellen Messwerte, die das Umweltbundesamt im Juni 2020 veröffentlicht hat. Diese belegen von 2018 zu 2019 einen Rückgang des Jahresmittels der NO_2 -Belastung um durchschnittlich $4,2 \mu\text{g}/\text{m}^3$ in den Klagestädten. In Städten, in denen die DUH nicht geklagt hat, sank der Wert im gleichen Zeitraum um $2,1 \mu\text{g}/\text{m}^3$ – also nur um die Hälfte.

Als Grund für die positive Entwicklung nennt Umweltbundesamt-Präsident Dirk Messner das Bündel von Aktivitäten, das die Städte umgesetzt haben. Kulpa hat beobachtet: „Dank unserer Klagen starten die Städte

eine kommunale Verkehrswende. Vermutlich wollen sie Diesel-Fahrverboten zuvorkommen.“

Fahrrad- und Fußgängerverkehr erhalten mehr Raum, der öffentliche Bus-, Tram- oder regionale Bahnverkehr bekommt dichtere Takte und attraktive Tarife. Busse und andere kommunale Fahrzeuge mit Dieselantrieb werden nachgerüstet oder gegen moderne Fahrzeuge, beispielsweise mit E-Antrieb, ausgetauscht. Das alles kommt nicht allein der Luft zugute. Auch die Lärmbelastung sinkt; die Aufenthaltsqualität steigt und nicht zuletzt werden Treibhausgase vermieden.

„Auf dem Rechtsweg können wir viel bewegen“, sagt Kulpa. Das Bundesverwaltungsgericht hat im Februar 2020 die Revision des Landes Baden-Württemberg und der Stadt Reutlingen teilweise zurückgewiesen und sein Grundsatzurteil aus dem Jahr 2018 bestätigt: Das 2019 auf Druck der Automobilindustrie verabschiedete „Fahrverbots-Verhinderungsgesetz“ des Bundes, das eine Aufweichung des NO_2 -Grenzwertes anstrebte, sei nicht 1:1 anwendbar. Relevant ist und bleibt laut Bundesverwaltungsgericht der Grenzwert von $40 \mu\text{g}/\text{m}^3$.

„Wir sind sicher, dass die Luftqualität in unseren Städten steigen wird, wenn wir den Stellenwert des Autoverkehrs drastisch reduzieren“, erklärt Dorothee Saar, die den Bereich Verkehr und Luftreinhaltung leitet. Die dafür notwendige Umgestaltung des Straßenraums bedarf keiner jahrzehntelangen Planung. Wie schnell sie gelingen kann, haben zahlreiche deutsche und europäische Städte mit der Einrichtung von Pop-Up-Radwegen eindrucksvoll bewiesen. „Gerade in der Corona-Pandemie wird deutlich, dass schlechte Atemluft massive Auswirkungen auf die Gesundheit hat. Die DUH wird alles daransetzen, dass im Jahr 2021 die Luftqualitätsgrenzwerte in ganz Deutschland eingehalten werden.“

Für 40 Städte hat die DUH Klagen für bessere Luftreinhaltung eingereicht.



Tempolimit jetzt!

Damit das Klima nicht auf der Strecke bleibt

■ Zeitnah und ohne großen Investitionsaufwand könnte ein Tempolimit dazu beitragen, Treibhausgas-Emissionen des Straßenverkehrs zu vermindern. Gleichzeitig wäre es ein Plus an Sicherheit auf unseren Straßen. Wir fordern, die Höchstgeschwindigkeit nicht nur auf Autobahnen, sondern auch auf allen Straßen außerhalb und in der Stadt zu senken. Konkret bedeutet das: Ein generelles Tempolimit von 100 km/h tagsüber und 120 km/h nachts auf Autobahnen, 80 km/h auf Landstraßen sowie eine Regelgeschwindigkeit von 30 km/h in der Stadt.

Nach vielen Jahren des Widerstands von Autolobby und Politik haben wir gemeinsam mit einer breiten Allianz unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen eine faktenbasierte Debatte über die Vorteile eines Tempolimits erreicht, indem Unfallzahlen verglichen

und Klimafolgen seriös abgewogen wurden. Langsam erkennen Regierungspolitikerinnen und -politiker sowie die Autobranche: Will Deutschland die Elektromobilität stärken und zum Leitmarkt für autonomes Fahren werden, brauchen wir ein Tempolimit – und zwar jetzt! In der Bevölkerung liegt die Zustimmung für ein generelles Tempolimit auf Autobahnen laut einer Forsa-Umfrage bei 57 Prozent. Dies zeigt sich auch in der Unterstützung von über 220.000 Menschen zu unserer Protestaktion „Tempolimit? Ja, bitte!“ – um Leben zu retten und für den Klimaschutz.

Für die Verkehrswende und effektiven Klimaschutz ist das Tempolimit ein wichtiger Baustein. Die Deutsche Umwelthilfe wird Entscheidungsträger auch im Wahljahr 2021 mit dieser Wahrheit konfrontieren.

Im ARD-Dokudrama „Ökozid“ wird die Bundesregierung im Jahr 2034 auf Schadenersatz verklagt, weil sie nicht rechtzeitig auf die Klimakrise reagiert hat. Jürgen Resch wird als Zeuge vor Gericht dargestellt. Einige Mitwirkende unterstützen aktuell die Forderung nach einem Tempolimit, darunter Nina Kunzendorf, Friederike Becht (v. li.) und Edgar Selge (re.)



Mit Vollgas in die Klimakrise: DUH lenkt gegen die SUV-Flut

■ In der Modellpolitik der Autohersteller zeichnet sich schon lange eine gravierende Fehlentwicklung ab: Immer größere Stadtgeländewagen, kurz SUV, strömen auf den Markt. Viele werden als Plug-in-Hybride mit vermeintlich niedrigem CO₂-Ausstoß angeboten. Doch auf der Straße haben gerade diese Modelle oft stark überhöhte Spritverbräuche, wie DUH-Messungen zeigten. Der Trend zu großen, schweren und hochmotorisierten Fahrzeugen schadet dem Klima und torpediert zugleich eine ehrliche Verkehrswende. Bereits sechs Millionen SUV fahren durch Stadt und Land, weltweit sind sie die zweitgrößte Quelle für den Anstieg der CO₂-Emissionen. Tendenz: steigend.

Für diesen ökologischen Unsinn verlieh die DUH den „Goldenen Geier 2020“. Über 18.000 Verbraucherinnen und Verbraucher beteiligten sich an der Wahl zum absurdesten Stadtgeländewagen, die Daimler

mit dem PS-Protz Mercedes GLS als Paradebeispiel gewann. Barbara Metz, Stellvertretende DUH-Bundesgeschäftsführerin, übergab den Preis an der Konzernzentrale mit der dringlichen Forderung, Daimler müsse endlich Verantwortung für den Klimaschutz übernehmen.

Mit unserer Protestmailaktion erhöhen wir weiterhin den Druck auf Hersteller und Politik. Denn über Kaufprämien subventioniert der Staat Klimakiller-SUV mit Plug-In-Hybrid-Technik. Wir kämpfen dafür, dass die Bundesregierung jegliche Förderung für Plug-In-Hybride einstellt, eine hohe Zulassungssteuer auf CO₂-Schleudern erhebt und Verbrauchstests auf der Straße verpflichtend einführt. Auf europäischer Ebene bietet im nächsten Jahr die Revision der CO₂-Regulierung eine wichtige Chance, die Weichen neu zu stellen: Die DUH wird sich einmischen!

Saubere Luft im ganzen Land

■ Ob Feinstaub, Stickoxide oder Ammoniak – Schadstoffe aus unterschiedlichen Quellen belasten die Atemluft in ganz Europa. Die Europäische Umweltagentur geht von jährlich über 400.000 vorzeitigen Todesfällen aus, allein bedingt durch Feinstaub. Damit die Luft besser wird, gelten für jeden Mitgliedstaat der EU die „National Emission Ceilings“ – die NEC-Richtlinie setzt verbindliche Minderungsvorgaben für diverse Schadstoffe.

Das von der Bundesregierung vorgelegte nationale Luftreinhalteprogramm wird den EU-Vorgaben jedoch nicht gerecht. Deshalb hat die Umwelthilfe im Mai dieses Jahres vor dem Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg Klage gegen die Bundesregierung eingereicht. Die erste Kommentierung der Regierung offenbart: Sie verkennt ihre Verantwortung und stuft ihr eigenes Luftreinhalteprogramm lediglich als „Politikoption“ ein. Wir kommentieren zurück und bereiten uns auf das Gerichtsverfahren vor.

Das nationale Luftreinhalteprogramm soll eines der zentralen Instrumente sein, um den Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Luftschadstoffen zu gewährleisten. Doch im Plan der Bundesregierung wären weit mehr Maßnahmen erforderlich, um die Spielräume von Emissionsprognosen sicher abzufedern. Zeithorizonte und voraussichtliche Kosten fehlen ebenso wie feste Zuständigkeiten für die Umsetzung. Das lässt uns daran zweifeln, ob Finanzierung und Durchführung gesichert sind.

Luftverschmutzung ist die größte umweltbedingte Gefahr für die Gesundheit in Deutschland und in Europa. Die EU hat sich das Ziel gesetzt, die Zahl der frühzeitigen Todesfälle bis 2030 zu halbieren. Für Saubere Luft müssen Anstrengungen in den Sektoren Verkehr, Industrie, Energieerzeugung und Landwirtschaft erfolgen. Konkrete Maßnahmen zur Minderung von Stickoxiden, Schwefeldioxid, leicht flüchtigen organischen Verbindungen, Feinstaub und Ammoniak müssen sichergestellt werden.

Unterstützer der
Klage: ClientEarth

Böllerrfrei ins neue Jahr

■ Jedes Jahr setzen die Silvesterböller innerhalb weniger Stunden große Mengen Feinstaub frei, der besonders giftig ist. Dort, wo viele Menschen leben und die Grundbelastung der Luft hoch ist, muss es aus Sicht der DUH klare Verbote für private Silvesterfeuerwerke geben. Eine umweltverträgliche Alternative können zentral organisierte Licht- und Lasershows oder Drohn-Balletts sein.

Nach unseren Anträgen auf ein Böllerverbot 2019 in 98 Städten mit besonders schlechter Luftqualität haben 38 von ihnen angekündigt, die Böllerei einzuschränken bzw. zu verbieten. Dieses Jahr haben wir zudem Handelsunternehmen zum Stopp des Verkaufs von Pyrotechnik befragt. Das Ergebnis: Nur wenige Händler planten, zum Jahreswechsel 2020/21 auf den Verkauf von Pyrotechnik zu verzichten. In diesem Jahr hat sich die Bundesregierung unseren Argumenten angeschlossen, während der Pandemie die Notaufnahmen nicht zusätzlich durch die vielen Verletzten zu belasten und ein Verkaufs- und faktisches

Böllerverbot verhängt. Bei unserer Unterschriftenaktion #böllerrfrei können sich Bürgerinnen und Bürger bereits jetzt für einen Jahreswechsel 2021/22 ohne privates Feuerwerk einsetzen.

Emissionsarme Öfen dank Blauem Engel

■ Um die Entwicklung von emissionsarmen Kaminöfen voranzutreiben, hat die DUH einen Blauen Engel initiiert, der seit Januar 2020 verfügbar ist. Denn das Heizen mit Holz verursacht eine große Menge an Feinstaub- und Rußpartikeln. Sie schaden der menschlichen Gesundheit sowie dem Klima.

An der Ausgestaltung der Ofenkriterien für das unabhängige Umweltzeichen Blauer Engel hat die DUH maßgeblich mitgewirkt: Die Anforderungen verlangen eine automatische Regelung sowie einen Partikelabscheider, der die Anzahl der ausgestoßenen Partikel um mindestens 90 Prozent reduziert. Erste ausgezeichnete Öfen sind bereits im Angebot und eine DUH-Umfrage belegt, dass mehrere Hersteller weitere Modelle auf den Markt bringen wollen.

Aufgrund gesetzlicher Vorgaben müssen bis Ende 2024 rund vier Millionen Öfen stillgelegt bzw. ausgetauscht oder nachgerüstet werden. Wir arbeiten darauf hin, dass diese Öfen nur durch Anlagen ersetzt werden, welche die strengen Anforderungen des neuen Blauen Engels erfüllen. Auch für größere Holzfeuerungsanlagen, die Holzheizkessel, sind die Grenzwerte in Deutschland nicht streng genug. Gemeinsam mit unserem NGO-Netzwerk haben wir dazu beigetragen, dass sie durch EU-weite Ökodesign-Vorgaben nicht noch abgeschwächt werden. So werden laut Bundesregierung im Jahr 2030 bis zu drei Kilotonnen Feinstaub vermieden.



»Wir werden das Tempolimit durchsetzen!«

Die DUH hat die Verkehrswende im Jahr 2020 massiv vorangetrieben. Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch im Gespräch über nachhaltige Mobilität, Saubere Luft und weitere Schwerpunkte der DUH.

Die Luft ist heute sauberer als vor 30 Jahren. Sind wir über den Berg oder ist das nur ein weiteres Etappenziel?

In den 40 Städten, in denen wir für die Saubere Luft vor Gericht kämpften, hat sich die Luftqualität doppelt so stark verbessert wie in Städten, in denen wir nicht geklagt haben, das zeigen kürzlich vom UBA veröffentlichte NO₂-Messungen. Die Menschen haben ein Recht auf Saubere Luft – dafür kämpfen wir. COVID 19 zeigt uns, wie wichtig es ist, zusätzliche Gesundheitslasten zu vermeiden. Dank unserer Klagen auf Einhaltung der Luftqualitätswerte konnten wir in über 80 Prozent der beklagten Städte den Autoverkehr zurückdrängen und Bahn, Bus und Fahrradverkehre stärken. Die Bürger sehen, dass dadurch auch ihre Städte lebenswerter werden. Und was mich besonders freut: In immer mehr Verfahren – von denen wir übrigens bis heute keines verloren haben – gelingt es uns, in intensiven Verhandlungen mit Land und Stadt umfangreiche Maßnahmenkataloge für die lebenswerte Stadt durchzusetzen. Im nächsten Jahr werden wir nun dafür kämpfen, dass die Europäische Union die Grenzwerte für Luftschadstoffe wie Feinstaub und Stickstoffdioxid gemäß der Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation verschärft.

Eine andere Quelle von Luftschadstoffen sind Böller. Coronabedingt gilt nun für Silvester 2020 ein Böllerverbot. Wie geht es weiter?

Nachdem europaweit die Silvesterböllerei verboten wurde, folgt nun die Bundesregierung der DUH-Argumentation und ordnet ein bundesweites Verkaufs- und damit faktisches Böllerverbot an. Seit vielen Jahren schon werben wir für umweltfreundliche Alternativen und setzen in immer mehr Städten Böllerverbote durch: für die Saubere Luft, die Vermeidung von Verletzungen und den Schutz der Tiere. Nicht nur in diesem Corona-Winter 2020/2021 ist es wichtig, einen Böllerverzicht auszusprechen. Wir müssen auch künftig sicherstellen, dass die Notaufnahmen in Krankenhäusern nicht überlaufen und tausende Eltern um das Augenlicht oder die Finger ihrer Kinder bangen müssen. 2021 kämpfen wir mit noch mehr Unterstützern weiter

für ein Böllerverbot, das auch nach der Bewältigung der Corona-Pandemie bleibt.

Zurück zu den Autos: Umweltaspekte oder geringer Spritverbrauch scheinen oft kein Argument beim Autokauf zu sein.

Das gilt fast nur in Deutschland und hat einen nachvollziehbaren Grund. Während überall in Europa die Regierungen mit immer drastischeren Instrumenten den Kauf von Neufahrzeugen mit hohem Spritverbrauch und damit CO₂-Emissionen bremsen – Frankreich oder Norwegen erheben für die Zulassung spritdurstiger SUVs 50.000 Euro Strafsteuer und mehr – subventioniert der deutsche Bundesfinanzminister den Kauf von Klimakiller-Stadtgeländewagen sogar aus Steuermitteln. Das gibt es in keinem anderen Land der Erde: Vom Kaufpreis eines 170.000 Euro teuren Porsche Cayenne Plug-In-Hybrid-Stadtgeländewagens übernimmt die Bundesregierung bis zu 90.000 Euro durch dessen volle steuerliche Abzugsfähigkeit. Da er trotz 500 PS-Benzinmotor auch noch als Elektroauto zusätzlich bevorzugt wird, erhält der Nutzer bei Dienstwagenbesteuerung einen steuerlichen Vorteil von bis zu 26.000 Euro über fünf Jahre. Aus diesem Grund explodieren bei uns gerade die Verkaufszahlen für besonders klimaschädliche Stadtpanzer.

Als Beitrag zur Verkehrswende schlägt die Umwelthilfe Pop-up-Radwege vor?

Die Städte nehmen sich in der Regel fünf bis zehn Jahre Zeit, um Fahrradwege einzurichten. Wir haben in diesem Frühjahr sehr erfolgreich in über 200 Städten Anträge für kurzfristig einzurichtende Pop-up-Radwege gestellt. Nach anfänglicher Ablehnung haben dann immer mehr Städte begonnen, innerhalb weniger Wochen solche Fahrradwege einzurichten. An der Spitze der Bewegung stand Berlin als Vorreiter, mit unserem Verweis auf die Bundeshauptstadt konnten wir dann in weiteren Städten viele Kilometer neue Radwege schaffen. Sehr schön das Beispiel Stuttgart: Nachdem der grüne Baubürgermeister unseren Antrag erst einmal abgelehnt hatte, gab es örtliche Proteste von Fahrrad- und Umweltverbänden



» Die Menschen haben ein Recht auf Saubere Luft! Im nächsten Jahr werden wir nun dafür kämpfen, dass die Europäische Union die Grenzwerte für Luftschadstoffe wie Feinstaub und Stickstoffdioxid gemäß der Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation verschärft. «

auf der Mercedes-Straße. Danach war es doch möglich, auch in der Diesel-Welthauptstadt zwei temporäre Fahrradwege zu schaffen. Mit einem Rechtsgutachten wollen wir schließlich den Städten helfen, rechtlich abgesichert, auch weiterhin neue Radwege kurzfristig umzusetzen.

Die Automobilbranche steht für Skandale wie Dieselgate oder faktisch unökologische Plug-In-Hybride. Wie steht es um die Zukunft des Automobil-Standorts Deutschland?

Was die etablierte Automobilindustrie angeht, prognostiziere ich ein schnelles Ende für den Diesel und bis 2025 werden auch Benzin-Motoren verschwinden. Die Entscheidung für eine Tesla Gigafactory in Deutschland ist ein Gamechanger. Ich rechne nun mit einem zunehmenden Erfolg effizienter batterieelektrischer Pkw. Allerdings genügt es nicht, dass wir uns nur mit der Antriebstechnik beschäftigen. Die Autos müssen kleiner und insgesamt effizienter werden. Und „Verkehrswende“ heißt auch: mindestens eine Halbierung der Zahl der Pkw und Verdopplung der Busse, Bahnen und Straßenbahnen. Hier bestehen Chancen für die deutsche Industrie.

Wie kann die DUH jetzt noch dazu beitragen, dass die betroffenen Dieselmotoren nicht auf ihrem Schaden sitzen bleiben?

Wir kämpfen seit Aufdeckung des Dieselabgasskandals dafür, dass die Autoindustrie wie in den USA gezwungen wird, die Betrugfilter ohne Kosten für den betrogenen Dieselmotorkäufer durch

funktionierende Systeme zu ersetzen. Und zwar nicht in Form von unwirksamen Software-Updates, sondern durch den Einbau einer in allen Temperaturbereichen funktionierenden Stickoxid-Katalysatortechnik auf Harnstoffbasis. Das ist technisch möglich, die Systeme sind zugelassen und lieferbar. Da es aber von der Politik keine Auflage gibt, Fahrzeuge tatsächlich sauber zu machen, drückt sich die Industrie davor. Die DUH hat nun ihre Klage gegen diese industriefreundliche Praxis der Bundesregierung bis zum Europäischen Gerichtshof getragen. Wir rechnen damit, dass der EuGH die Bundesregierung dazu verpflichtet, die momentan geduldete Betrugssoftware für illegal zu erklären. Damit würden wir Millionen betroffener Betrugsdiesel-Halter helfen.

Was muss sich 2021 aus deiner Perspektive unbedingt ändern?

Neben vielen weiteren wichtigen Themen haben wir ein Schwerpunktthema: Die Durchsetzung eines Tempolimits auf Autobahnen und eine Absenkung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf allen übrigen Straßen. Damit lassen sich jährlich bis zu acht Millionen Tonnen CO₂ einsparen. Zudem würden Tausende Hochgeschwindigkeitsunfälle entfallen, die Menschenleben kosten. Wir haben vor zwei Jahren die größte gesellschaftliche Allianz für ein Tempolimit geschmiedet, bei der auch Polizeigewerkschaften und Unfallopferverbände mitwirken. Zwischenzeitlich hat selbst der ADAC seinen Widerstand aufgegeben. Ich bin überzeugt: Das Tempolimit kommt! Bis 2022 werden wir das durchsetzen!



Deutschland stellt den Klimaschutz allzuoft hinter die Interessen der Autoindustrie zurück. Die DUH ist deshalb 2020 mit Klimaklagen gegen die Bundesregierung aktiv geworden. Hier: Mitwirkende an der Verfassungsbeschwerde aufgrund fehlender wirksamer Klimaschutzmaßnahmen.



» Wenn wir die Klimaschutzziele erreichen wollen, brauchen wir dringend ein verbindliches Abfallvermeidungsziel und eine konsequente Umsetzung der Mehrwegquote. «

Thomas Fischer,
Leiter Kreislaufwirtschaft



Mit Mehrweg die Plastikflut stoppen!

Wir motivieren Menschen zur Abfallvermeidung – denn nur der verantwortungsvolle Umgang mit unseren Ressourcen ist mit Klimaschutz vereinbar.

Deutschlands Berg aus Verpackungsabfällen ist mit 18,9 Millionen Tonnen pro Jahr auf einen neuen Rekordwert angestiegen. „Das Versagen der Abfallpolitik war nie deutlicher als in diesem Jahr, weshalb wir uns vehement für eine Stärkung von Mehrwegsystemen für Getränkeflaschen, To-go-Becher und Essensboxen eingesetzt haben“, resümiert Thomas Fischer, Leiter Kreislaufwirtschaft. „Wir haben gemeinsam mit anderen Verbänden der Getränkeindustrie einen Brandbrief an Umweltministerin Svenja Schulze gerichtet: Die Mehrwegquote von 70 Prozent muss endlich durchgesetzt und eine Abgabe von 20 Cent auf Einweg-Plastikflaschen und Getränkedosen eingeführt werden!“

Anstatt Mehrweg zu stärken, wollte Finanzminister Olaf Scholz durch eine neue Bilanzierungspraxis besonders klimafreundliche Pool-Mehrwegflaschen steuerlich schlechter stellen. Durch einen gemeinsamen Kraftakt mit den Privaten Brauereien Deutschlands und dem Brauer-Bund konnten diese Pläne in letzter Minute verhindert werden.

„Auf der 1. Deutschen Mehrweg-Konferenz konnten wir zeigen, wie eine erfolgreiche Mehrweg- und Abfallvermeidungspolitik aussehen sollte“, berichtet Fischer. Der Einladung der DUH waren rund 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer gefolgt, darunter der ehemalige Umweltminister Jürgen Trittin und der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer. Innovative Mehrweglösungen für To-go-Essensboxen, Kaffeekapseln sowie Flaschen für Kosmetika wurden vorgestellt. Fazit der Konferenz: Nur eine konsequente Mehrwegförderung lässt die Abfallberge schrumpfen – dazu gehören Vermeidungsziele, Mehrwegquoten, Abgaben auf Einweg, steuerliche Vorteile für Mehrweg und eine grüne öffentliche Beschaffung auf Bundes- und kommunaler Ebene.

Angriffe aus der Einwegindustrie, wie etwa Studien zur Diskreditierung umweltfreundlicher Mehrwegflaschen, hat die DUH durch fundierte Stellungnahmen und Öffentlichkeitsarbeit ebenso erfolgreich abgewehrt. „Auch dreiste Behauptungen von Lidl, Pepsi

Barbara Metz,
Stellvertretende Bundes-
geschäftsführerin,
begrüßte rund 200 Gäste
bei der 1. Deutschen
Mehrweg-Konferenz,
die online stattfand
(Screenshot, oben).

Förderer der
1. Deutschen
Mehrweg-Konferenz:
Venture and Nature Fund

und Danone Waters über angeblich umweltfreundliche Einweg-Plastikflaschen aus Rezyklat konnten wir richtigstellen“, so Fischer.

Ein klares Signal gegen den Einweg-Irrsinn: Über 138.000 Unterschriften gegen Einweg-Plastikflaschen von Vittel hat die DUH gemeinsam mit Schauspieler und Umweltaktivist Hannes Jaenicke an Nestlé übergeben. 2019 hatte das Unternehmen für dieses beson-

ders unökologische Produkt den DUH-Preis „Goldener Geier“ verliehen bekommen.

„Wir machen Ressourcenverschwendung und unnötige Müllmengen öffentlich und nennen Umweltsünder beim Namen. Ob beim Transport von Pflanzen, Gewerbeabfällen, printbasierter Werbepost oder der Entsorgung FCKW-haltiger Kühlgeräte: Wir schauen auch dahin, wo sonst keiner hinguckt“, sagt Fischer.

Aktiv gegen Plastikmüll

■ Mehr als 13.000 Verbraucherinnen und Verbraucher haben sich an der erstmaligen DUH-Aktion zum Verpackungsfasten beteiligt. Während der Fastenzeit haben sie 764.000 Einweg-Verpackungen mit einem Gewicht von über 20 Tonnen vermieden. Damit haben sie bewiesen: Auf diesen Müll kann man gut verzichten.

Ebenso wie die überwältigende Mehrheit der Menschen in Deutschland wollen wir müllfreie Städte und Landschaften. Weil die Bundesregierung beim Thema Abfallvermeidung und Mehrwegförderung aber schläft, müssen jetzt Städte und Gemeinden aktiv werden. Die Städte, die den Klimanotstand ausgerufen haben, sind als erste gefragt. Deshalb haben wir an diese 64 Kommunen formale Anträge zur Vermeidung von Einwegmüll gestellt. Mit vielen Städten sind wir nun im Austausch, wie sie dies kurzfristig umsetzen können. Wir fordern unter anderem die Förderung von Mehrwegsystemen durch Zuschüsse, die Einführung einer Verbrauchssteuer für Einweggeschirr sowie ein Mehrweggebot bei öffentlichen Veranstaltungen.

Damit solche Lösungen auch politische Unterstützung bekommen, fordern wir Bundesumweltministerin Svenja Schulze auf, die Halbierung des Verpackungsabfalls als verbindliches Ziel bis 2025 festzulegen.

Endlich: Der Bundestag hat das Plastiktütenverbot für 2022 beschlossen, wofür wir jahrelang gekämpft haben. Jetzt müssen weitere Schritte folgen!



Zukunftstechnologie Batterien

■ Batterien werden immer häufiger verwendet: in Elektrogeräten und -fahrzeugen oder als Stromspeicher für die Photovoltaikanlage auf dem Dach. Der Gesetzgeber wird den Umweltgefahren jedoch in keiner Weise gerecht. Der Ressourcenbedarf steigt rasant und beinahe wöchentlich führen falsch entsorgte Lithium-Ionen-Batterien zu Bränden in Recyclinganlagen. Statt immer mehr neue Ressourcen abzubauen, muss das Potenzial vorhandener Altbatterien erschlossen werden. Hierfür braucht es einfache Rücknahmeangebote, hohe Sammel- und Recyclingquoten sowie Zweitnutzungskonzepte für ausgediente Fahrzeugbatterien – dafür kämpfen wir!

In die Überarbeitung des Batteriegesetzes hat sich die DUH deshalb intensiv eingebracht: mit Stellungnahmen, als Sachverständige im Umweltausschuss des Bundestages oder als Ansprechpartner für Politiker, Verbraucher und Journalisten. „Wir konnten bewirken, dass die gesetzliche Sammelquote für Gerätebatterien angehoben und ehrlicher berechnet wird“, berichtet Philipp Sommer, Stellvertretender Leiter Kreislaufwirtschaft. „In diesem Bereich gibt es noch viel zu tun. Damit die Zukunftstechnologie ‚Batterie‘ Probleme löst und nicht selbst zu einem wird, brauchen wir ambitionierte gesetzliche Vorgaben zum Ökodesign, zur Sammlung, Wiederverwendung und dem Recycling.“



» Wir müssen uns heute mehr denn je für eine verbraucher- und umweltgerechte Sammlung, Wiederverwendung und stoffliche Nutzung von Batterien einsetzen. «

Philipp Sommer,
Stellvertretender
Leiter Kreislaufwirtschaft



»Es geht nicht um Verzicht, sondern um Alternativen«

Barbara Metz sucht den Dialog. Sie will zukunftsfähige Modelle in die Fläche bringen. Probleme dürfe man nicht vor sich herschieben, sagt die Stellvertretende Bundesgeschäftsführerin der Deutschen Umwelthilfe.

Gerade liegt die Mehrweg-Konferenz hinter uns. Die DUH war Gastgeber. Wie war die Resonanz?

Ja, genau. Das war die 1. Deutsche Mehrweg-Konferenz. Das Interesse war natürlich riesengroß. Das liegt daran, dass wir mit Mehrweg eine tragfähige Lösung für die abfallarme Zukunft bereits kennen. Das ist die gute Nachricht. Die schlechte Nachricht ist: Bisher nutzen wir diese Lösung nicht ausreichend. Wir haben in Deutschland ein massives Verpackungsmüllproblem. Die 1. Deutsche Mehrwegkonferenz hat dazu beigetragen, klarzumachen, dass Mehrweg nicht nur im Getränkebereich funktioniert, sondern auch bei vielen anderen Anwendungen. Mehrweg ist Ressourcenschutz und Klimaschutz zusammen.

Wer war auf Teilnehmerseite mit dabei?

Wie sehr das Thema Müllvermeidung die Leute umtreibt, sehen wir schon an den 200 Teilnehmenden der Konferenz. Dabei waren der Oberbürgermeister aus Tübingen, Boris Palmer, der das Tübinger Modell vorgestellt hat: Mehrweg fördern und Einweg sanktionieren. Florian Pronold, Staatssekretär aus dem Bundesumweltministerium und Jürgen Trittin, Bundestagsabgeordneter und ehemaliger Umweltminister. Außerdem haben viele Unternehmen, die mit innovativen Mehrwegprodukten auf dem Markt sind, ihre Ideen vorgestellt. Denn es geht nicht nur um Getränkeverpackungen oder den Mehrweg-Kaffeebecher, sondern um viele andere Bereiche. Zum Beispiel wurden Mehrweglösungen auch für Kosmetikprodukte wie Seifen oder Shampoos vorgestellt. Jetzt geht es darum, Mehrweg als Grundprinzip in der Fläche zu etablieren.

Seit Beginn der Corona-Krise ist der Konsum von Pizza im Wegwerf-Karton oder Kaffee im To-go-Becher stark gestiegen und damit wachsen auch die Müllberge. Was kann die Deutsche Umwelthilfe tun?

Wir klären auf! Große Konzerne wie Coca-Cola, Danone und Nestlé, aber auch Lebensmitteleinzelhändler wie Lidl oder Aldi

versuchen, den Verbraucherinnen und Verbrauchern glaubhaft zu machen, dass Einwegplastik-Verpackungen, der Getränkekarton oder die Dose ökologisch auf Augenhöhe oder sogar noch besser als Mehrweg seien. Es wird das Märchen von unendlichen Abfall-

kreisläufen erzählt. Sprich: Aus deiner alten Flasche machen wir einfach eine neue. Das stimmt so nicht, denn was nicht erzählt wird: Es geht bei jedem Recyclingprozess Material verloren, außerdem braucht der Prozess immer aufs Neue viel Energie und andere Ressourcen.

Wir wissen, dass seit der Corona-Pandemie das Problem des Einwegmülls noch größer geworden ist. Das liegt daran, dass immer häufiger Lieferdienste genutzt werden. Dafür haben wir Verständnis. Das ist aber gleichzeitig eine Riesenchance, bei Lieferdiensten auf Mehrweg umzusteigen. Wir haben an Bundesumweltministerin Schulze appelliert, aktiv zu werden und Mehrweg politisch gezielt zu fördern.

Bei den Menschen landet immer mehr Werbepost ungefragt im Briefkasten, oft mit Plastik umhüllt. Auch der Papier- und Wasserverbrauch ist immens.

Weniger als ein Drittel der Deutschen hält gedruckte Werbeprospekte und Postwurfsendungen noch für zeitgemäß. Es geht nicht darum, jemandem etwas wegzunehmen, was

er braucht. Aber 20 Millionen Haushalte bekommen die Werbung nach dem Gießkannenprinzip. Das macht ungefähr eine Million Bäume pro Jahr für die Papierherstellung. Wir brauchen einen Paradigmenwechsel. Bislang muss man aktiv sagen: Nein, ich will diese Werbung nicht bekommen. Wenn die ganz überwiegende Mehrheit Werbepost jedoch nicht ungefragt bekommen möchte, sollte man das Prinzip umkehren: Wer an der Werbepost interessiert ist, muss sich dafür aktiv anmelden. Dies ist ein schönes Beispiel dafür, dass eine Verhaltensänderung einen Rieseneffekt für den Ressourcen- und Klimaschutz hat. Es geht hier nicht um Verzicht, sondern darum, unnötigen Müll zu vermeiden.



» Die kommenden zehn Jahre sind entscheidend für den Klimaschutz! Ich glaube, dass viele Menschen bereit sind, mitzuhelfen, wenn man ihnen Lösungen aufzeigt. «

Wir können Deutschland in puncto Müllvermeidung nicht isoliert betrachten. Wie beurteilst du die Entwicklung in Europa?

Auf europäischer Ebene hat der Green Deal der Kreislaufwirtschaft einen höheren Stellenwert gegeben. Dass Strohhalme und Einwegbesteck verboten werden, reicht aber nicht aus. Wir müssen ein Getränke-Mehrwegsystem für ganz Europa schaffen. Deutschland besitzt das weltweit größte Mehrwegsystem. Wir arbeiten daran, unsere Erfahrungen und unser Wissen auch über die deutschen Grenzen hinaus zugänglich zu machen. Das ist uns in diesem Jahr auch gelungen: Die österreichische Umweltministerin hat unsere Ideen aufgegriffen. Sie hat Folgendes vorgestellt: eine verbindliche Mehrwegquote, eine Abgabe auf Einweggetränkeverpackungen und die Einführung eines Einwegpfandes. Die DUH hatte in intensiven Gesprächen mit vielen österreichischen Akteuren genau diese Maßnahmen empfohlen.

Ein anderes Thema: der Klimaschutz im Wohngebäude-Bereich. Worauf müssen sich die Bürgerinnen und Bürger einstellen? In Deutschland ist das Wohnen vielerorts ohnehin sehr teuer.

Das grundsätzliche Problem im Gebäudebereich sehen wir darin, dass keine Konzepte existieren, die sowohl klima- als auch sozialpolitische Herausforderungen adressieren. Beispiele für einseitig ausgerichtete Gesetze finden sich auf beiden Seiten. Da ist zum Beispiel das Gebäudeenergiegesetz, das in diesem Jahr verabschiedet wurde. Kein Wort zu den sozialpolitischen Aspekten. Genauso verhält es sich mit dem Gesetz zum Mietendeckel. Es soll dafür sorgen, dass die Mieten nicht weiter steigen. Gleichzeitig bringt diese Regelung die energetische Sanierung fast vollständig zum Erliegen.

Weil die Probleme nicht einfach zu lösen sind, wird der Gebäudebereich im aktuellen politischen Diskurs vernachlässigt.

Das ist ein gefährlicher Zustand, denn alles, was heute saniert und neu gebaut wird, ist in aller Regel nicht mit den Klimazielen zu vereinbaren. Ohne den Gebäudesektor werden wir die Klimaziele aber sicher nicht erreichen können. Wir haben eine Kooperation mit dem Deutschen Mieterbund aufgebaut, um gemeinsam an ganzheitlichen Vorschlägen für den Gebäudebereich zu arbeiten.

Auf welche Weise kann die Deutsche Umwelthilfe ihren Argumenten mehr Gewicht in dieser Diskussion verschaffen?

Wir klären auf! Aktuell rufen wir mit „Frag den Staat“ Bürgerinnen und Bürger auf, bei allen öffentlichen Gebäuden, wie Schulen, Kitas oder Rathäusern nach dem Energieausweis zu fragen. Mehrere tausend Anträge sind schon eingegangen. Leider weiß die öffentliche Hand oft selbst nichts über den energetischen Zustand ihrer Gebäude. Hier schaffen wir mit unserer Aktion Transparenz. Außerdem fordern wir die Verantwortlichen dazu auf, Sanierungsfahrpläne mit konkreten Zeitplänen bis Mitte 2021 vorzulegen.

Wie gelingt es, Menschen zu motivieren, sich einzubringen?

Ich bin fest davon überzeugt, dass die Frage, wie die Klimaziele erreicht werden können, in der Breite unserer Gesellschaft angekommen ist. Ich glaube, dass viele Menschen bereit sind, mitzuhelfen, wenn man ihnen Lösungen aufzeigt. Eine Verzichtsdebatte ist in diesem Zusammenhang nicht hilfreich und auch falsch, denn es geht nicht immer um Verzicht, sondern sehr oft um Alternativen, die im Alltag sogar häufig besser sind als das Gewohnte. Wir wollen hier mithelfen, dass diese Alternativen zügig umgesetzt werden, nicht erst 2030 oder 2040. Die kommenden zehn Jahre sind entscheidend für den Klimaschutz!



Schauspieler und Umweltaktivist Hannes Jaenicke begleitete die DUH bei der Unterschriften-Übergabe an Nestlé. Klare Botschaft: Wir wollen kein Plastik!



» Agrarprodukte wie Soja, Palmöl oder Kakao aus Naturzerstörung und Menschenrechtsverletzungen gelangen noch immer ungehindert auf den deutschen Markt. «

Tina Lutz,
Projektmanagerin
Naturschutz und
Biodiversität



Der Kampf um die letzten Quadratmeter

Wenn wir das dramatische Artensterben auf unserem einzigartigen Planeten stoppen wollen, müssen wir den Kampf für eine naturverträgliche Landnutzung gewinnen. Ob Feldlerche oder Orang-Utan, ob Kiebitz oder Jaguar – die Menschen in Deutschland beeinflussen mit ihrem Konsum die Lebensräume vieler Arten, in der Heimat genauso wie in der Ferne. Die DUH setzt sich mit Informationen und Bildung dafür ein, dass Land- und Forstwirtschaft und ihre Produkte nachhaltiger werden.

Seit diesem Jahr steht die Sojallieferkette in unserem Fokus. Soja ist der Treibstoff der Massentierhaltung. Sein Anbau frisst ganze Landschaften in Südamerika. Diese unheilvolle Entwicklung würde vom EU-Mercosur-Abkommen profitieren. Der Deal lautet „deutsche Autos gegen brasilianisches Soja“. Die DUH engagiert sich zusammen mit Ex-Fußballstar Giovane Élber, selbst Landwirt in Brasilien, gegen das Handelsabkommen. Fast 100.000 Unterstützer konnten wir für unsere Petition bisher gewinnen.

Diese Entwicklung blieb auch dem europäischen Parlament nicht verborgen. Es erteilte dem Abkommen in der aktuellen Form im Oktober eine Absage. Doch der

Kampf ist noch nicht vorbei. Die Lobby der Wirtschaft ist stark und ihre Interessen sind eindeutig.

Millionen Tonnen Soja, gentechnisch verändert und mit Pestiziden belastet, werden nach Europa transportiert und ermöglichen das Billigfleisch-System mit Abermillionen Hühnern, Schweinen und Rindern auf einer Fläche, die die Ausscheidungen der Tiere nie aufnehmen kann. Der wertvolle organische Dünger wird auf den Äckern entsorgt wie Sondermüll. Die Folge: Nitrat reichert sich im Grundwasser an – die Grenzwerte der gesundheitsschädlichen Substanz wurden vielerorts jahrelang überschritten. Wir reichten Klage ein und machten uns für eine neue Dünge-Gesetzgebung zum Schutz der Gewässer stark. Der Druck auf die Bundesregierung wurde schließlich so hoch, dass im März strengere Düngeregeln verabschiedet wurden.

Gewaltige Klimagasemissionen verursacht auch das Drittel aller Lebensmittel, das in Deutschland in der Tonne landet. Gravierend sind vor allem tierische Produkte im Müll, da mit deren Produktion besonders viel CO₂ und Methan ausgestoßen wird. Unsere Expertise im Kampf gegen Lebensmittelverschwendung wurde 2020 sogar vom Bundestag in Anspruch genommen.

Der Jaguar (oben) zählt zu den bedrohten Tierarten. In unserer Kampagne steht er für die Artenvielfalt in Südamerikas Wäldern.

Ein bunter Strauß für den Insektenschutz

■ Die Biene ist zur Botschafterin des rasant fortschreitenden Insektensterbens und der hohen Relevanz der Leistungen aller Bestäuber für die Produktion unserer Nahrungsmittel geworden. Verantwortlich für die Vernichtung ihrer Lebensräume ist neben der Versiegelung die intensive Landnutzung mit Überdüngung, Pestiziden und Monokulturen. Mit Ihnen wollen wir die Retter unserer Lebensgrundlagen schützen!

Die DUH ist Teil der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) Save Bees and Farmers. 480.000 Menschen unterstützen bereits unsere Forderung, den Einsatz chemisch-synthetischer Pestizide bis 2035 zu beenden und Bauern beim Umstieg auf eine ökologische, bienenfreundliche Landwirtschaft zu unterstützen.

Ob im Rahmen einer EU-Agrarreform oder der Europäischen Biodiversitätsstrategie: Die DUH setzt sich dafür ein, ambitionierte Ziele für den Insektenschutz in konkrete Maßnahmen mit ausreichender Finanzierung zu überführen.



Auf Bundesebene drängen wir darauf, Regelungen zum Pflanzenschutz in das geplante Insektenschutzgesetz aufzunehmen. Bundesweit sowie auf Länderebene kämpfen wir mit unseren Klagen für die Einhaltung der Grenzwerte für Nitrat im Grundwasser. Die angestrebte Reduktion der Nährstoffüberschüsse kommt der Arten- und Biotopvielfalt zu Gute. Einer gebietsbezogenen Aufweichung der auf Druck der DUH und anderer Umweltschutzorganisationen im März 2020 verschärften Düngeverordnung treten wir entschieden entgegen.

Um das Bewusstsein für das Insektensterben bei allen Akteuren zu erhöhen, führen wir einen „Landwirtschaftsdialog Sauberes Wasser“ mit Landwirten, Wasserversorgern, Behörden und Wissenschaftlern in Niedersachsen.

Als Paten der Wildbienen machen Sie unseren umfassenden Einsatz für den Insektenschutz und eine naturnahe Landwirtschaft möglich! Dafür ein herzliches Dankeschön!

„Futter bei die Fische“

■ Unsere Meere sind überfischt. Gleichzeitig wächst das weltweite Verlangen nach Meeresfrüchten. Aquakultur scheint die Lösung zu sein. Derzeit ist sie einer der weltweit am schnellsten wachsenden Wirtschaftszweige der Nahrungsmittelerzeugung.

Was Viele nicht wissen: Aquakultur trägt aktuell zur Überfischung der Meere bei, anstatt sie zu entlasten. Fast ein Fünftel der weltweiten Fischanlandungen werden zu Fischmehl und Fischöl verarbeitet, das wiederum zum großen Teil in Aquakultur-Futtermitteln landet.

In Deutschland wird der meiste Fisch in Supermärkten verkauft. Deshalb haben Lebensmittelhändler großen Einfluss auf unsere Kaufentscheidungen. Ob und wie sie diese Verantwortung wahrnehmen und Käufer darüber aufklären, wenn Wildfische in Aquakulturen verfüttert werden, hat die DUH in einer Unternehmens-Rangliste veröffentlicht. Im Rahmen einer europaweiten Kampagne unter Federführung der Changing Markets Foundation will die DUH Druck auf deutsche Lebensmittelhändler ausüben, die Lieferketten-Transparenz zu erhöhen und nachhaltiger zu werden. Erst dann haben Verbraucher die Chance, eine bewusste Kaufentscheidung treffen und Wildfische als „Futter bei die Fische“ ablehnen zu können, um zu einem Ende der Überfischung beizutragen.

Auenschutz mit Hufen

■ Lange Zeit haben Menschen Flüsse begradigt, Auen entwässert und mit Deichen vom Fluss getrennt. Das hat uns nutzbares Land gebracht, aber auch wichtige Fluss-Funktionen zerstört. Um Artenvielfalt, Hochwasser- und Klimaschutz an Flüssen wiederherzustellen, müssen wir die Auenflächen wieder mit dem Fluss verbinden und verhindern, dass Nährstoffe in die Gewässer geschwemmt werden.

An der Weißen Elster und ihrem Nebenfluss Weida arbeitet die DUH im Projekt „Auenweiden“ mit der Natura2000-Station Osterland, Betrieben, Fachbehörden vor Ort und auf Landesebene zusammen, um eine flussgerechte Landwirtschaft im Überflutungsraum zu etablieren. Auf 120 Hektar werden wilde Weiden mit Wasserbüffeln, Robust-Rindern und Pferden eingerichtet. Mit ihrem Fressverhalten, Trittspurens und Kothaufen schaffen die kleinen Herden Lebensräume für Frösche, Wiesenbrüter, seltene Pflanzen und unzählige Insekten. Es macht ihnen nichts aus, wenn der Fluss mal über die Ufer tritt und feuchte Wiesen hinterlässt.

Diese Haltungsergibt ein Kraftpaket aus bester Fleischqualität, Tierwohl und Auenschutz. Für die Betriebe lohnt es sich bisher kaum. Ziel der DUH ist es, den Weg zu einer besseren Förderung und Verbreitung solcher Pionierprojekte zu bahnen.



Das Auenschutz-Projekt wird gefördert vom Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und dem Freistaat Thüringen.

»Wir brauchen ein Lieferkettengesetz mit Zähnen«

Sascha Müller-Kraenner legt sich als Bundesgeschäftsführer mit der Erdgaswirtschaft an. Großinvestitionen in Infrastrukturprojekte für fossile Energien hält er für unzeitgemäß. Als Ziel im Naturschutz formuliert er ein neues Leitbild für die Landwirtschaft.

Die Agrarwende spielt eine große Rolle in der Arbeit der DUH. Warum?

In Deutschland und auch weltweit ist die Landwirtschaft der Haupttreiber des Artensterbens und des Verlustes an biologischer Vielfalt. Wir stecken, was den Naturschutz angeht, in einer riesengroßen historischen Krise. Aber gleichzeitig kommt die Landwirtschaft auch aus anderer Sicht in eine Legitimationskrise. Es gibt immer wieder Lebensmittelskandale, Kritik an der Tierhaltung und es gibt die wirtschaftliche Krise der Bauern. Die jetzige Form der Agrarpolitik und -förderung funktioniert nicht mehr.

Wo müssen wir ansetzen?

Die Agrarsubventionen sind der entscheidende Hebel. Diese kommen zu einem guten Teil von deutschen Steuerzahlern. Wir brauchen nicht mehr Masse, sondern Klasse. Die Förderung muss gezielt für eine Ökologisierung der Landwirtschaft und mehr Tierwohl eingesetzt werden.

Dafür brauchen wir ein neues Leitbild: die naturnahe Landwirtschaft. Sie muss in Deutschland in die ganze Fläche kommen. Der Ökolandbau spielt als Vorbild eine wichtige Rolle. Der Graben zwischen Bio-Landwirtschaft und konventioneller Landwirtschaft muss jedoch verschwinden. Die Landwirtschaft muss insgesamt ökologischer gestaltet werden.

Wird es Einschnitte für Landwirte geben?

Es muss natürlich Änderungen bei den Bewirtschaftungsformen geben. Vor allem müssen wir die Tierdichte reduzieren und zu einer flächenbezogenen Tierhaltung kommen. Dadurch kommen wir auch zu einer reduzierten Nährstoffbelastung, beispielsweise durch die Gülleausbringung. Eine flächengebundene Tierhaltung wird auch dafür Sorge tragen, dass weniger Futtermittel importiert werden müssen.

Insgesamt braucht das Wirtschaften in unserer Kulturlandschaft eine erhöhte Wertschätzung durch die Gesellschaft und weiter öffentliche Förderung. Die finanzielle Unterstützung brauchen vor allem die nachhaltigen Bewirtschaftungsformen wie der Ökolandbau.

Wie können Verbraucherinnen und Verbraucher zu Partnern der Agrarwende werden?

Wir geben historisch wenig für Ernährung aus im Vergleich zu anderen Konsumgütern wie Elektrogeräte, Unterhaltungselektronik oder das Auto. Eine gute und gesunde Ernährung muss den Verbrauchern zukünftig etwas wert sein. Hier muss mehr in die Ernährungsbildung investiert werden. Dazu gehört auch der Kampf gegen die unsägliche Lebensmittelverschwendung. Ein Drittel aller Lebensmittel, die unsere Bauern produzieren, wandert auf den Müll. Das ist eine Respektlosigkeit sondergleichen.

Wir appellieren gerade an diejenigen, die es sich leisten können, stärker auf qualitativ hochwertige, ökologisch produzierte Lebensmittel zu achten. Gleichzeitig müssen gesunde Lebensmittel aus naturnaher Landwirtschaft zukünftig für alle Menschen erschwinglich sein.

Die Agrarwirtschaft beeinträchtigt auch die Luft und das Klima.

Ja, das ist richtig. Große Teile unserer Landwirtschaft sind nicht mehr kleinbäuerliche, sondern industrielle Betriebe, die mit ihren Emissionen Luft, Wasser und Klima belasten. Nitrat belastet das Grundwasser, Ammoniak aus der Massentierhaltung ist eine wichtige Quelle für Feinstaub. Und es gibt die Emissionen von Klimagasen, vor allem Methan aus der Rinderhaltung.

Was schlägt die DUH vor?

Die Gesetze, die wir uns selber gegeben haben, müssen eingehalten werden. Beispielsweise EU-weite Grenzwerte. Dafür setzt sich die DUH ein. Wir fordern aber auch ein strengeres Düngerecht in Deutschland, Grundwasser darf nicht mit Nitrat aus Gülle belastet sein. Und die Landwirtschaft muss ein eigenes anspruchsvolles Klimaziel erhalten, ihre Methanemissionen müssen sinken.

Die Massentierhaltung in Deutschland setzt auf Soja als Futtermittel. Dafür werden in Südamerika Regenwälder abgebrannt. Die Umwelthilfe klärt über diesen Zusammenhang auf.

Die Art der Tierhaltung, die wir in Deutschland betreiben, ist auf den Export und auf billige Massenproduktion ausgerichtet.



» Naturnahe Landwirtschaft muss in die ganze Fläche kommen. Der Graben zwischen Bio- und konventioneller Landwirtschaft muss verschwinden. «

Das ist in dieser Form nur möglich, weil wir Eiweißfuttermittel, vor allem Soja aus Lateinamerika, importieren. Es gibt also einen direkten Zusammenhang zwischen biologischer Vielfalt im Amazonasgebiet und der Massentierhaltung in Deutschland. Soja ist der Brandbeschleuniger für die südamerikanischen Wälder. Die ökologische Zerstörung betrifft sowohl wertvolle tropische Trockenwälder als auch den Regenwald. Das bedroht natürlich die Tierarten dieser Lebensräume. Deshalb haben wir den Jaguar als Symboltier für unsere Kampagne ausgewählt.

Wir fordern einen internationalen Regelungsrahmen für Soja und analog für Palmöl, Kakao, Tropenholz und andere Produkte aus tropischen Regionen. In Deutschland setzen wir uns für ein striktes und verbindliches Lieferkettengesetz ein.

Wie müsste das konkret aussehen?

Uns geht es darum, dass ein Lieferkettengesetz nicht nur Mindeststandards bei Arbeitsschutz und Menschenrechten berücksichtigt, sondern auch Umweltziele. Wir brauchen ein Lieferkettengesetz, das Zähne hat. Verpflichtungen müssen in den Unternehmen kontrolliert werden. Und wir brauchen hier die Klageberechtigung von NGOs, um Verstöße überprüfen lassen zu können.

Wie geht die DUH vor, um ein Lieferkettengesetz zu erreichen, das Entwaldung und Landraub verhindert?

Wir arbeiten mit einer Allianz von Umwelt- und Entwicklungsorganisationen daran, dass noch in dieser Legislatur ein starkes Gesetz kommt. Gemeinsam haben wir ein Gutachten erstellt, wie Umweltaspekte in ein Lieferkettengesetz einfließen können. Nur deshalb hat die Bundesregierung begonnen, das Thema ernst zu nehmen.

Neben der Agrarwende tritt die DUH für die Energiewende ein. Um Erdgas gibt es viele Diskussionen.

Wir müssen noch konsequenter als bisher darauf setzen, dass unsere Energieversorgung zukünftig zu 100 Prozent auf Erneuerbaren basiert. Die Bundesregierung ist da viel zu zögerlich. Bis allerspätens 2050 muss Deutschland seine gesamte Energieversorgung dekarbonisieren. Projekte wie die Nord Stream 2 für Gas aus Russland und LNG-Terminals für Frackinggas aus den USA passen nicht in die Zeit. Hier legen wir uns mit einer der mächtigsten Lobbys in unserem Land an, mit der Gaslobby. Wir sagen: Der Bau von Gas-Infrastruktur schafft neue Abhängigkeiten, die die Energiewende erschweren würden.

Um die Flüssiggas-Terminals zu verhindern, arbeitet die DUH eng mit lokalen Bürgerinitiativen an der Nordseeküste zusammen. Dort liegen die geplanten Standorte. Wenn nötig, gehen wir sowohl gegen die Terminals als auch gegen Nord Stream 2 rechtlich vor. Das heißt, wir werden uns an den Planungsverfahren beteiligen und im Zweifelsfall auch klagen – weil sie mit den Zielen des Pariser Klimaabkommens nicht zusammengehen und auch wegen massiver Naturschutzauswirkungen, die diese Projekte haben. Gegen Nord Stream 2 haben wir eine solche Klage schon eingereicht. Der Kampf gegen fossile Infrastruktur wird eines unserer entscheidenden Kampagnenthemen im Jahr 2021 sein.

Wie führt die DUH diese Themen im Jahr 2021 fort?

Wir werden uns im Wahljahr 2021 darum bemühen, dass unsere Forderungen zur Agrar- und Energiewende in den Wahlprogrammen aller demokratischen Parteien ihren Niederschlag finden. Gerade im nächsten Jahr wird das Thema gesunde Ernährung und Agrarwende eine große Rolle spielen. Das Thema ist sehr nah an den Verbraucherinnen und Verbrauchern. Deshalb hat sich die DUH entschieden, darauf einen ganz starken Fokus zu legen.

Der massive Futtermittelimport nach Europa ist der Zündstoff für die Feuerkatastrophe am Amazonas.





» Wir unterstützen die Schulen tatkräftig, so dass sie ins Handeln kommen und ihre Schulhöfe als langfristige Lern- und Lebensräume weiterentwickeln können. «

Daria Junggeburth,
Projektmanagerin
Kommunaler Umweltschutz



Vom Schulhof ins Quartier

In naturnah gestalteten Schulhöfen sieht die DUH ein großes Potenzial. Solche Projekte führt sie seit 2014 durch: Wir haben deutschlandweit Best Practice-Beispiele ausgezeichnet und der Öffentlichkeit vorgestellt. Seit 2018 haben wir jedes Jahr „10 Grüne Schulhöfe für Thüringen“ intensiv begleitet. In diesem Projekt moderieren wir Beteiligungsprozesse, in denen die gesamte Schulgemeinschaft ihren „neuen“ Schulhof plant und umgestaltet. Das Motto: Machen ist wie Wollen, nur krasser.

Die Projekte zielen darauf ab, zu einem angenehmen Lernklima beizutragen, Erholungs- und Begegnungsräume für die Schülerinnen und Schüler zu schaffen und dabei die Biodiversität oder die Anpassung an den Klimawandel auf dem Schulgelände zu fördern. Aber auch ein kreatives Miteinander auf Augenhöhe, an dem Schüler-, Lehrer- und Elternschaft teilhaben, ist ein wichtiges Ergebnis der Projekte.

Im Jahr 2020 konnte die DUH das Projekt ausweiten. Neben Thüringen haben wir in Hessen und Brandenburg Projekte gestartet. Themenschwerpunkt hier: Klimaschutz und Klimawandelanpassung. In allen drei Ländern stellen die jeweiligen Umweltministerien Mittel für die Planung und Umgestaltung bereit.

„In Thüringen sind tolle Schulhöfe mit vielfältigen grünen Nischen entstanden. Es wurden Kräuterspiralen angelegt, Hochbeete gebaut, Nistmöglichkeiten geschaffen und Bäume gepflanzt. Viele Schulen wirken bereits ins Quartier und sind wunderbar vernetzt. Eltern kommen zu Projekttagen, um beim Bau von

Hochbeeten mitzuwirken, die Baumschule nebenan spendet Pflanzen“, berichtet Daria Junggeburth, DUH-Projektmanagerin im Kommunalen Umweltschutz. Sie freut sich über den Projekterfolg und die Breitenwirkung: „Wir sehen, dass Schulhöfe eine wichtige Freifläche des Quartiers sind, die große Ausstrahlungskraft besitzen. Sie können Dreh- und Angelpunkt für Naturschutz, Begegnung und Vernetzung sein.“ Wichtiger Kern aller Projekte ist deshalb die Partizipation der gesamten Schulgemeinschaft, der Kommune und weiterer Akteure im Quartier sowie die Vernetzung der Schulen untereinander.

Projekttag stärken das Gemeinschaftsgefühl.



Förderer:
Thüringer Ministerium
für Umwelt, Energie und
Naturschutz;
Hessisches Ministerium
für Umwelt, Klimaschutz,
Landwirtschaft und
Verbraucherschutz;
Ministerium für Land-
wirtschaft, Umwelt und
Klimaschutz des Landes
Brandenburg

Voneinander Lernen bringt's

Mit ‚Multiply‘ und ‚EnPover‘ verfolgt die Deutsche Umwelthilfe zwei europäische Austauschprojekte, bei denen sie auf Peer-Learning setzt: Kommunale Fachkolleginnen und -kollegen lernen voneinander. Die von der DUH initiierten und moderierten Lern- und Beratungsprozesse verfügen sowohl über eine nationale als auch über eine europäische Dimension.

Ziel unserer Arbeit ist es, gute Praxis-Beispiele im kommunalen Klimaschutz sichtbar zu machen und damit andere Kommunen zum Nachahmen anzustiften – hier konkret in den Bereichen der Stadtplanung und des Energiesparens in einkommensschwachen Haushalten. Trotz – oder gerade wegen – der teils sehr unterschiedlichen Ausgangslage der teilnehmenden Kommunen bieten sich für alle Beteiligten zahlreiche Lernmöglichkeiten.

Die unterschiedlichen Blickwinkel auf Problemlagen werden von den Kommunalmitarbeitenden regelmäßig als Mehrwert und Blick über den Tellerrand geschätzt. Oftmals stoßen Impulse von außen dazu an, ausgetretene Pfade zu verlassen und Neues auszuprobieren. Die diskutierten Themen und Fragestellungen sind breit gestreut:

Wie kann die Entwicklung eines klimaschonenden Neubauquartiers in Recklinghausen kommunikativ begleitet werden, um einen möglichst großen Zusammenhalt mit dem angrenzenden Bestandsquartier zu erzielen? Wie gestalten Städte wie Nürnberg und München ihre gut funktionierenden Energiesparprojekte für einkommensschwache Haushalte im Detail aus? Welche Handlungsmöglichkeiten hat die Stadt Emmendingen genutzt, um die energetische Sanierung von privaten Eigenheimen anzureizen? Wie gehen Mit-

arbeitende der Kommunen in Ungarn und Polen unter erschwerten finanziellen und personellen Rahmenbedingungen bei der Bekämpfung von Energiearmut vor? Welche europäischen Unterstützungsangebote zum Thema Klimaschutz gibt es für Kommunen?

Egal ob in digitalen Kleingruppenarbeiten, in Hybridformaten oder mittels kollegialer Online-Beratung: In allen Fällen profitieren die Projektteilnehmenden direkt durch die Expertise ihrer Fachkolleginnen und -kollegen. Erste sichtbare Erfolge des Peer Learning zeichnen sich im Multiply-Projekt ab: Die teilnehmenden schwedischen Kommunen, die ambitionierte Klimaschutzziele verfolgen, sind mittels im Projekt diskutierter und angefertigter Energiepläne nun in der Lage, den Weg zur Zielerreichung besser zu überwachen. Ähnliche Erfahrungen machen auch die polnischen und ungarischen Projektpartner.

Förderer:
EU-Kommission;
Bundesministerium
für Umwelt,
Naturschutz und
nukleare Sicherheit



Online-Austausch mit europäischen Partnern im Projekt Multiply.



» Kommunaler Klimaschutz wird nicht allein am Reißbrett gelingen. Daher fördern wir mit unseren Projekten den direkten Austausch zwischen kommunalen Praktikern. «

Rupert Wronski,
Stellvertretender Leiter
Kommunaler Umweltschutz



» Der Trick der Regierung zugunsten der Autokonzerne: Sie verschleppt seit Jahren die Anpassung der Pkw-EnVKV an das EU-Recht. «

Robert Mathias,
Stellvertretender Leiter
Ökologische
Marktüberwachung



Wir kämpfen für ehrliche Spritverbrauchsangaben

Während die Bundesregierung sich immer wieder auf die Seite der Autokonzerne stellt, setzt sich die DUH seit über 20 Jahren für Transparenz rund um den Kraftstoffverbrauch von Neuwagen ein. Wir stehen damit ganz klar auf der Seite der Verbraucherinnen und Verbraucher.

Bei der Kaufentscheidung für ein Auto spielen die Betriebskosten eine Rolle: Wichtig sind der Spritverbrauch per se und die CO₂-Emissionen zur Berechnung der Kfz-Steuer. Über diese Werte muss der Kunde bereits in der Werbung und im Autohaus via Energielabel aufgeklärt werden. Dies regelt die Pkw-Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung (Pkw-EnVKV).

Seit September 2018 gilt EU-weit das neue Labor-Messverfahren WLTP (Worldwide harmonized Light vehicles Test Procedure). Es offenbart in der Regel höhere und damit realistischere Verbrauchs- und CO₂-Werte als der bisherige NEFZ-Prüfmodus, da die Messungen näher am realen Fahrbetrieb durchgeführt werden. „Die Hersteller verkaufen ihre Spritschlucker jedoch bis heute mit den NEFZ-Verbräuchen – und zwar völlig legal. Der Trick der Regierung zugunsten der Autokonzerne: Sie verschleppt seit Jahren die Anpassung der Pkw-EnVKV an das EU-Recht“, erläutert

Robert Mathias, stellvertretender Leiter Ökologische Marktüberwachung.

Die doppelt Betrogenen sind am Ende die Autokäuferinnen und -käufer. Nahezu täglich wenden sich Autokäufer an die DUH, die sich von den versprochenen niedrigen Verbrauchswerten in der Werbung und den Verkaufsprospekten getäuscht fühlen: Sie erleben bei der Zustellung des Kfz-Steuerbescheids eine böse Überraschung und erfahren erst dann, wie spritdurstig bzw. klimaschädlich ihr vermeintlich sparsames Fahrzeug ist, denn die Steuer bemisst sich pünktlich seit September 2018 nach den oft wesentlich höheren WLTP-Werten.

Wir kritisieren dies als besonders dreiste Verbrauchertäuschung, klären auf und machen dem Bundeswirtschaftsministerium Druck. Jeder Verbraucher hat das Recht, die nach WLTP gemessenen Kraftstoffverbrauchs- und CO₂-Werte vor dem Kauf zu erfahren.

Den nachhaltigen Konsum stärken

Viele Verbraucherinnen und Verbraucher möchten Ressourcen schonen und einen Beitrag zum Energiesparen leisten. Damit sie einen Strom sparenden Kühlschrank, ein Sprit sparendes Auto oder eine Mietwohnung mit modernen Energiestandards überhaupt als umweltfreundlich identifizieren können, hat die EU mittels Energieverbrauchs- und Effizienzvorschriften eine Basis geschaffen, die Händler und auch Vermieter zur Auskunft verpflichtet. Bereits in der Werbung müssen sie die Energieverbräuche offenlegen. Für neue Pkw, Haushaltsgroßgeräte und viele andere Produkte am Markt legt die EU zudem Standards hinsichtlich der Energieeffizienz fest. Auch wenn es um die Kennzeichnungspflicht für Ein- und Mehrweg-Getränkeflaschen am Verkaufsregal geht, treffen sich Umwelt- und Verbraucherschutz.

„Damit solche gesetzlichen Vorgaben ihre Wirkung entfalten können, muss die Einhaltung kontrolliert werden. Das ist Sache der Länder“, erläutert Agnes Sauter, Leiterin Ökologische Marktüberwachung bei der DUH. „Zuletzt haben wir die Bundesländer im Mai 2020 befragt, wie sie die Immobilienwirtschaft, den Automobilhandel sowie den Elektrogroßgeräte- und Küchenfachhandel kontrollieren. Wir haben keine Behörde gefunden, die die gesetzlich vorgeschriebene Vorlage des Energieausweises durch den Vermieter oder Immobilienverkäufer ernsthaft überwacht. Verstöße gegen die Effizienz- und Kennzeichnungsvorschriften verfolgen nur NRW und Rheinland-Pfalz im nennenswerten Umfang.“

Das staatliche Nichtstun schadet dem Klima und den Verbrauchern, deshalb führt die Deutsche Umwelthilfe Testbesuche durch und geht gegen Rechtsverstöße vor. Bei der EU-Kommission legte die DUH Beschwerde wegen faktischer Nichtumsetzung der Energieverbrauchs- und Effizienzvorschriften ein. Zudem schafft die Umwelthilfe durch gerichtliche Musterverfahren Rechtssicherheit. In mehreren Rechtsverfahren musste die DUH bis zum Bundesgerichtshof für das Recht von Verbrauchern auf transparente Information kämpfen, weil sich uneinsichtige Unternehmen gegen die gesetzlich verbrieften Vorgaben vehement zur Wehr setzten.

Signalwirkung hat auch ein Urteil des Landgerichts Düsseldorf im Rechtsstreit der DUH gegen die Handelskette Real: Einweg- und Mehrweg-Getränkeverpackungen müssen als solche in der Nähe zum Produkt und mindestens in der Größe der Preisauszeichnung gekennzeichnet sein. Dass auch Unternehmenskonstrukte, die Franchise-Geber sind, gesetzeswidrige Werbemaßnahmen der Franchise-Nehmer mitverantworten, urteilte das Oberlandesgericht Köln aufgrund unserer Klage gegen einen bundesweit agierenden Immobilienmakler.

Sauter erklärt den Hintergrund: „Solche Gerichtsurteile sind eine Feinjustierung von unklaren Formulierungen in Gesetzen und Verordnungen. Indem wir entsprechende Klagen einreichen, stärken wir Verbraucherrechte und den Umweltschutz.“



» Verbraucherinnen und Verbraucher haben das Recht auf wahrnehmbare und transparente Information über die Eigenschaften von Produkten. Auf dem deutschen Markt vertriebene Produkte müssen zudem die europaweit geltenden Standards erfüllen. Hier setzt unsere Arbeit an. «

Agnes Sauter,
Leiterin Ökologische
Marktüberwachung



UmweltMedienpreis 2020

Mit dem Preis ehrt die Deutsche Umwelthilfe Medienschaffende für die wirkungsvolle Präsentation von Natur- und Umweltschutzthemen. Die festliche Verleihung des diesjährigen UmweltMedienpreises mussten wir leider ins Jahr 2021 verschieben. Umso mehr haben wir uns gefreut, dass die Preisträgerinnen und Preisträger in den sozialen Medien und in der Presse nach unserer Bekanntgabe gebührend gefeiert worden sind. Für herausragende Leistungen haben wir in verschiedenen Kategorien ausgezeichnet:



Die Journalistin **Susanne Bergius (Print)** macht seit mehr als 35 Jahren der Finanzwelt unmissverständlich klar, dass der ökologische Reichtum die Lebensgrundlage der Menschheit ist und damit auch ökonomisch hoch relevant.



Die Wissenschaftsjournalistin **Dr. Mai Thi Nguyen-Kim (Online)** begeistert mit ihrem YouTube-Kanal „maiLab“ insbesondere ein junges Publikum für Naturwissenschaften.



Humorvoll, beseelt und visionär setzt **Dr. Eckart von Hirschhausen (Fernsehen)** sich dafür ein, die Gesundheit der jetzigen und zukünftigen Generationen in Zeiten des Klimawandels zu bewahren.



Den **Publikumspreis** hat die Influencerin **Louisa Dellert** gewonnen, die ihrer Community vorlebt, wie Nachhaltigkeit – und ganz besonders Müllvermeidung – im Alltag gehen kann.



Der WDR-Podcast „StoryQuarks“ sendet berührende, komplexe und manchmal kuriose Wissensgeschichten: Die Jury ehrt in der Kategorie **Hörfunk** den Formatentwickler **Sven Preger** (re.), die Autorin **Sophie Stigler** („Das Ende der Schrecken“) und den Autor **Johannes Döbbelt** („Die grüne Null“).



Den Karikaturisten **Horst Haitzinger** ehrt die Jury für sein **Lebenswerk**. Generationen von umweltbewegten Menschen begeistern sich an seiner Mischung aus scharfer Analyse, gepaart mit einem unglaublichen Blick für die humoristischen Abgründe in Politik und Gesellschaft.

**Umwelt
Medienpreis**

Vielen Dank an alle, die online für den Publikumspreis mit abgestimmt haben! Infos und Links auf Arbeitsbeispiele der Preisträgerinnen und Preisträger finden Sie unter: www.duh.de/events-aktionen/ump/

Hoffnung und Beispiel

Im Themenfeld Umwelt und Entwicklung leistet der Hand in Hand-Fonds finanzielle Unterstützung. Damit gibt er zahlreichen ökosozialen Projekten in den Ländern des globalen Südens Hoffnung und Perspektiven. Einkommenschancen für geflüchtete Frauen in Bürgerkriegsregionen, Hilfe beim Aufbau ökologischer Landwirtschaft, Unterstützung bei der Wasserversorgung mithilfe von Solarpumpen – drei typische Beispiele, die der Hand in Hand-Fonds möglich macht.

Als gemeinsame Initiative des Naturkostherstellers Rapunzel und der Deutschen Umwelthilfe zeigt der Hand in Hand-Fonds beispielhaft, wie nachhaltig orientierte Unternehmen gemeinsam mit NGOs viel bewirken können. Die finanziellen Mittel steuert zum größten Teil Rapunzel bei, dazu kommen weitere Spenden. Der Fonds

besteht seit über 20 Jahren und hat mittlerweile 423 Projekte in 64 Ländern mit einer Gesamtsumme von über 1,9 Millionen Euro gefördert.



Der Venture and Nature Fund öffnet Türen

Risikokapital für Umweltprojekte: Unternehmerisches Denken und wirkungsorientierte Kampagnenarbeit verbinden sich zu einer besonderen Erfolgsgeschichte.

Der Erhalt der Biodiversität und Klimaschutz ist ein Wettlauf gegen die Zeit. Aber welche finanziellen Risiken kann ein Umweltverband dabei eingehen? Der Venture and Nature Fund (VNF) gibt seine ganz eigene Antwort auf diese Frage.

Türen zu öffnen, die normalerweise verschlossen wären, ist die erklärte Absicht der Stifter, um damit Projekte und Kampagnen der DUH zu finanzieren, bei denen auch ein Scheitern nicht ausgeschlossen werden kann. Das Stiftungskapital des VNF generiert sich aus privaten Spenden einer Familie, die sich seit langem im Umweltschutz engagiert.

Projektideen mit großen Erfolgchancen, aber auch mit Risiken waren schon herangereift. So ist Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch davon überzeugt, dass der Kampf gegen die automobilen Verstopfung unserer Städte mit Klagen für Saubere Luft allein nicht zu gewinnen ist. Nötig ist auch ein attraktiver ÖPNV mit einem leicht verständlichen, einfach handhabbaren und preiswerten Tarifsystem als ein Baustein der Verkehrswende. Die DUH startete eine Kampagne für das 365-Euro-Ticket – mit einem Jahresticket für einen Euro pro Tag das gesamte

ÖPNV-Netz benutzen. Die Kampagne kam zum richtigen Zeitpunkt und erreichte die entscheidenden Akteure. So gelang es, erste Kommunen für das Konzept zu gewinnen.

Timing war auch wesentlich für den Erfolg der Soja-Kampagne. Bundesgeschäftsführer Sascha Müller-Kraenner machte den verheerenden Zusammenhang von Regenwaldzerstörung und Sojaanbau jenseits und Massentierhaltung diesseits des Atlantiks zum Kampagnenthema der DUH. Der VNF hatte den Mut, dafür das Startkapital bereitzustellen. Die katastrophalen Waldbrände am Amazonas und die Debatte um ein Lieferkettengesetz in Deutschland verschafften der Kampagne Resonanz und den DUH-Forderungen Eingang in die öffentliche Diskussion.

Der VNF ermöglichte der DUH einen erfolgreichen Beitrag zum Mehrwegschutz: die Organisation der 1. Deutschen Mehrweg-Konferenz. Barbara Metz, Stellvertretende Bundesgeschäftsführerin, forderte bei dem Online-Format vor rund 200 Expertinnen und Experten aus Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft eine steuerliche Besserstellung für Mehrweglösungen im Vergleich zu Einweg.



Klagen für Saubere Luft in Städten

Wo die DUH klagt, werden **Städte aktiv für bessere Luft**. Der Effekt ist messbar: In beklagten Städten ging der Wert des Dieselabgasgifts **NO₂** 2018/2019 durchschnittlich um

4,2 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft zurück. 

Diese Verbesserung war **doppelt so hoch** wie in anderen Städten. Das belegen Daten des Umweltbundesamtes.

Wir haben **40** **Klagen für Saubere Luft in Städten** erhoben.

Bislang verlorene Gerichtsverfahren: **0**

Verpackungsfasten



Bei der DUH-Verpackungsfasten-Aktion haben mehr als

13.300 **Verbraucherinnen und Verbraucher**

mitgemacht. Sie haben während der **Fastenzeit**

764.000 **Einweg-Verpackungen** vermieden. 

Damit haben sie gezeigt: Es geht auch ohne! 

Abgaskontrolle

Das Emissions-Kontroll-Institut (EKI) der DUH hat die

Abgase von rund **200** **Pkw** getestet. 

Häufiges Ergebnis: **drastische Überschreitungen** des Schadstoff-Grenzwertes für **NO_x**.

Die Daten haben wir an das Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) weitergeleitet und Verbraucherinnen und Verbrauchern zur Verfügung gestellt.

Die Folge: Das KBA testet nun verstärkt selbst.

Weniger Emissionen von Holzheizungen

Im Verbund mit anderen NGOs hat die DUH dazu beigetragen, dass die in Deutschland geltenden **Emissionsgrenzwerte für Holzheizkessel** nicht abgeschwächt werden. So werden laut Bundesregierung im Jahr 2030 bis zu

3 **Kilotonnen Feinstaub** vermieden. 

Unser Jahr

20

Klima-Gebäude-Check

In mehr als **150** **Städten** haben Bürgerinnen und Bürger mit unserem Klima-Gebäude-Check die **Klimabilanz** von **öffentlichen Gebäuden** überprüft. 

Energie und Klimaschutz

Wir kämpfen **gegen fossile Großprojekte** und haben mit Rechtsgutachten und unserer Kampagne den Bau von

2 **LNG-Terminals** verzögert. 

Das geplante Terminal in Wilhelmshaven ist sogar ganz gestoppt worden – die Pläne sind auf dem Prüfstand. **Wir tragen weitere rechtliche und klimapolitische Argumente zusammen** und werden uns auch in Zukunft gegen den Bau der Terminals an den Standorten Stade, Brunsbüttel und Wilhelmshaven wehren.

Grüne Schulhöfe

Wir machen Schulhöfe grün: 

10 **Schulen in Thüringen** erarbeiteten 2020 ein Konzept für eine Schulhofumgestaltung. Auch in **Hessen** haben wir solch ein Projekt gestartet. In den beiden Ländern freuen sich

10.222 **Schülerinnen und Schüler** auf ihren „neuen“ Schulhof. Auch **Brandenburg** ist ab 2021 mit dabei. Wir beraten, moderieren und schaffen einen Wissenspool.

in Zahlen

20

Together4Forests



In unserer internationalen NGO-Kampagne **Together4Forests** konnten wir mehr als

1.000.000 EU-Bürgerinnen und Bürger

dazu bewegen, sich an der Befragung der EU zum Kampf gegen die globale Entwaldung zu beteiligen.

Kommunaler Klimaschutz

Die DUH hat in **5** Modellkommunen einen Prozess angestoßen, um die Steuerung von Heizung, Lüftung und Licht in öffentlichen Gebäuden zu digitalisieren. So wird der Verbrauch automatisch an den realen Bedarf angepasst.



Das **Energie-Einsparpotenzial** liegt bei rund

30 Prozent.

Wir freuen uns, dass Nachahmerstädte unser Know-how anfragen. Bei bundesweit etwa

180.000 kommunalen Liegenschaften ist das Klimaschutzpotenzial riesig.

Pro Tempolimit

Unsere **Aktion pro Tempolimit** haben

221.691 Menschen unterstützt.



Ökologische Marktüberwachung

Die DUH hat aufgedeckt:

Nur **2** von **16** Bundesländern

kommen im Jahr 2020 ihrer Verpflichtung zur Marktüberwachung von Umwelt- und Klimaschutzvorschriften nach: **Nordrhein-Westfalen** und **Rheinland-Pfalz**.



Verbot von Bleimunition

Dank des mit Unterstützung der DUH erzielten **Verbots von Bleimunition in Europas Feuchtgebieten** können in Zukunft jedes

Jahr über **1.500.000** Wasservögel vor einer Bleivergiftung bewahrt werden.



Kerzencheck

16 der **52** analysierten Unternehmen im **DUH-Kerzencheck** erhöhten die Transparenz zu **nachhaltigem Palmöl** in ihren Kerzen.



Nach Aufforderung der DUH, ab 2021 freiwillig eine systematische Deklaration von **nachhaltigem Palmöl** und anderen Rohstoffen bei allen Kerzen vorzunehmen,

haben sich **7** Unternehmen dazu bereit erklärt: ALDI Süd, ALDI Nord, Gebrüder Müller Kerzenfabrik, GEPA Kerzen, Lichtblick, LIDL und NORMA.



Handys für die Umwelt

Knapp **5.000** alte Mobiltelefone haben Mitglieder des Bundestags als „Handys für die Umwelt“ gesammelt.

Davon konnten **399** Geräte repariert und wiederverwendet

sowie rund **4,6** Tonnen CO₂-Emissionen vermieden werden.

Seit dem Start der DUH-Aktion im Jahr 2003 haben wir und unsere Partner mehr als

3.000.000 ausgediente Handys gesammelt.



Finanzen – unabhängig und handlungsfähig

Die Deutsche Umwelthilfe verzeichnet auch in finanzieller Hinsicht eine positive und stabile Entwicklung. Es gelang im Jahr 2019, einen Finanzierungsmix zu realisieren, der die Unabhängigkeit und Handlungsfähigkeit der DUH sichert. Die Mittel setzen sich zusammen aus Projektgeldern von öffentlichen Stellen wie der Europäischen Union, der Bundes- sowie mehrerer Landesregierungen, aus Spenden und Förderungen von Privatpersonen, Stiftungen und Unternehmen. Den ordentlichen Umgang mit dem Geld bestätigt uns das DZI-Spendensiegel. Und weil wir hohe Maßstäbe an uns anlegen, veröffentlichen wir Finanzen und rechtliche Verhältnisse nach den Regeln der Initiative Transparente Zivilgesellschaft.

Zur Finanzierung der Aufgaben im Umwelt- und Verbraucherschutz benötigt die Deutsche Umwelthilfe e.V. Jahr für Jahr verlässliche Einnahmen. Ein wachsender Anteil davon stammt von Privatpersonen, die als Förderer und Spender unsere Projektarbeit unterstützen. Hinzu kommen öffentliche und gesellschaftliche Institutionen sowie einige Unternehmen, die verschiedene Projekte der DUH unterstützen. Außerdem erzielt die DUH Einnahmen aus der Ökologischen Marktüberwachung, die es ihr ermöglichen, die Einhaltung umweltbezogener Verbraucherschutzvorschriften gegenüber Handel und Industrie durchzusetzen und die Verbraucherberatung durchzuführen.

Besonders wichtig ist es uns, die Unabhängigkeit unseres Handelns gegenüber privaten wie staatlichen Geldgebern zu sichern und damit auch die Grundlagen der Gemeinnützigkeit zu bewahren. Wir legen großen Wert auf eine gesunde Mischung von Finanzmitteln. So gleichen wir Schwankungen aus und verhindern, von einzelnen Geldgebern abhängig zu werden. Förderungen, die mit dem Versuch staatlicher oder privater Einflussnahme einhergehen, lehnen wir grundsätzlich ab. Da wir, wie jedes Jahr, den Jahresbericht bereits im Dezember des laufenden Jahres veröffentlichen, finden Sie hier die Haushaltszahlen des Vorjahres.

Transparenz und Datenschutz

Die Deutsche Umwelthilfe lässt sich an den Leitlinien des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) messen und trägt seit einigen Jahren das DZI-Spendensiegel. Dieses Siegel bestätigt den seriösen Umgang mit den uns anvertrauten Geldern. Zudem ist die DUH bereits im Jahr 2017 der Initiative Transparente Zivilgesellschaft beigetreten. Wir verpflichten uns damit, auf der DUH-Website jederzeit zentrale Informationen zur Transparenz über die rechtlichen Verhältnisse, die

verantwortlichen Personen und die Finanzen der DUH bereitzustellen. Nachdem die DUH bereits in den Vorjahren ihre Datenschutzregeln erneuert und erweitert hat, arbeitet sie weiterhin an der Umsetzung der DSGVO (www.duh.de/datenschutz/) für maximale Sicherheit aller verwendeten Daten.

Als Trägerin des Erbschaftssiegels bekennt sich die Deutsche Umwelthilfe zu den ethischen Richtlinien für das gemeinnützige Erbe.

Verbraucherschutz in der Projektarbeit

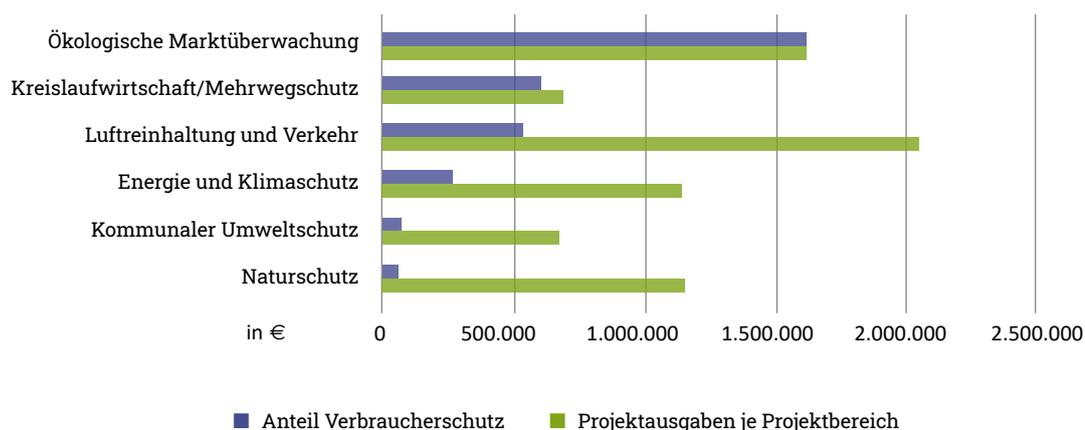
Verbraucherschutz und Verbraucherinformation spielen in unserer Projektarbeit eine herausragende Rolle. Denn Natur- und Umweltschutz kann nicht ohne den Menschen als Verbraucher gedacht werden und umgekehrt. Die Grafik in der Abbildung 1 auf der folgenden Seite verdeutlicht den Anteil Verbraucherschutzaktivitäten in den DUH-Fachbereichen.

Die Deutsche Umwelthilfe ist ein Umwelt- und Naturschutzverband und zugleich ein anerkannter, klageberechtigter Verbraucherschutzverband. Das Bundesamt für Justiz prüft in regelmäßigen Abständen, ob die DUH weiterhin die Voraussetzungen erfüllt, um als klageberechtigter Verband auch vor Gericht die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher zu vertreten. Das schafft die Voraussetzung für die DUH, Unternehmen daraufhin zu kontrollieren, ob sie die Regeln der Energieverbrauchskennzeichnung beachten und damit wichtige Verbraucherinformationsrechte wahren. Verstöße gegen diese Vorschriften verfolgt die DUH rechtlich. Die am Verbraucher orientierte Ökologische Marktüberwachung verursacht hohe Kosten und refinanziert sich durch Abmahngebühren sowie Konventionalstrafen von Unternehmen, die zum wiederholten Male gegen die Vorschriften verstoßen haben. Die Einnahmen machen in 2019 etwa 22 Prozent des DUH-Haushaltes aus.



Deutsches
Zentralinstitut
für soziale
Fragen (DZI)
Ihre Spende
kommt an!

Verbraucherschutz in den DUH-Projekten



Spenden und Mitgliedsbeiträge als wichtige Säule unserer Finanzierung

Im Jahr 2019 haben wir 11,1 Millionen Euro eingenommen und damit die Ausgaben in Höhe von fast identischer Höhe ausgleichen können. Die wichtigste Finanzierungsquelle unserer Projektarbeit sind weiterhin die Zuschüsse für unsere konkreten Umwelt- und Verbraucherschutzprojekte. Sie kommen von öffentlichen Institutionen (Bund, Länder, Europäische Union) sowie von verschiedenen Stiftungen, zusammen machen sie 36 Prozent unserer Einnahmen aus. Spenden von Institutionen sowie Firmen inklusive Sponsorings steuerten zusammen nur noch rund 7 Prozent zum DUH-Haushalt bei. Ihr Anteil ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich zurückgegangen. Von Jahr zu Jahr wichtiger werden dagegen die Privatspenden und Mitgliedsbeiträge. Sie erreichten zusammen 29 Prozent der Gesamteinnahmen.

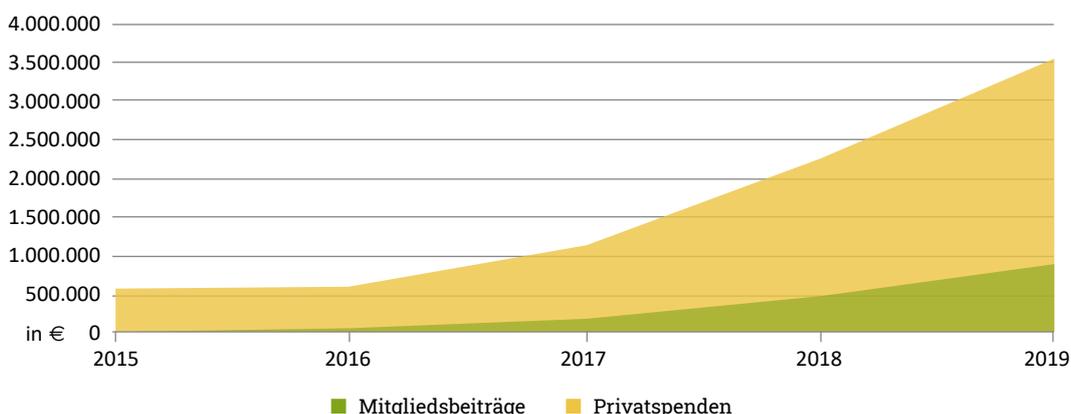
Um ein hohes Maß an Transparenz herzustellen, nennen wir in unserem Jahresbericht Institutionen, die

mit ihren Zuwendungen jeweils mehr als ein Prozent zum Haushalt der DUH beigetragen haben. Zu ihnen zählten im Jahr 2019:

- Europäische Kommission
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit und nachgelagerte Behörden wie das Bundesamt für Naturschutz und das Umweltbundesamt
- Bundesministerium für Bildung und Forschung
- Thüringer Aufbaubank
- Postcode Lotterie
- Thüringer Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz
- Schwab Charitable
- Tilia Fund

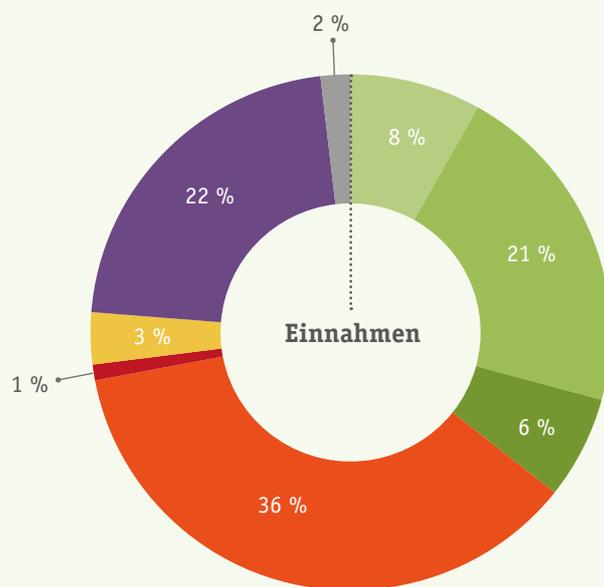
Wir danken allen Zuwendungsgebern sehr herzlich für die großzügige Unterstützung unserer Arbeit. Außerdem danken wir Rapunzel Naturkost für die Zusammenarbeit im Hand in Hand-Fonds, der ökosoziale Projekte in aller Welt fördert.

Mitgliedsbeiträge und Privatspenden seit 2015 (Mittelzuflüsse)

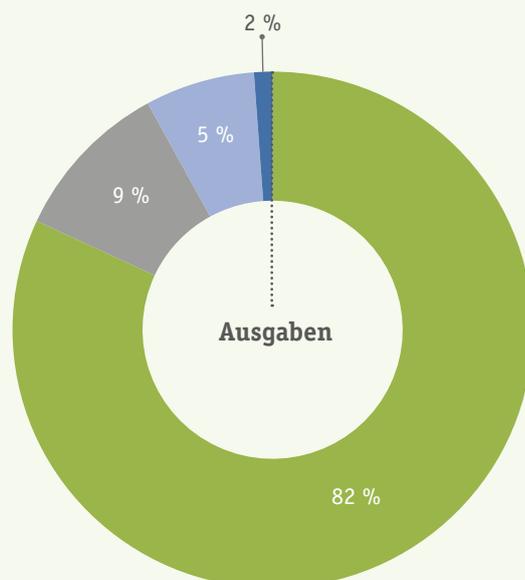


Einnahmen und Ausgaben 2019*

Einnahmen (gerundet)	in €
Mitgliedsbeiträge	928.352
Privatspenden	2.315.414
Spenden von Institutionen / Unternehmen	714.959
Sponsorings	27.500
Projektzuschüsse	4.012.667
Zuweisungen aus Geldauflagen (Bußgelder)	110.585
Erbschaften	331.384
Zins- und Vermögenserträge	29.198
Erträge Ökologische Marktüberwachung	2.431.415
Sonstige Erträge	173.243
Beauftragte Projekte	32.475
Summe Einnahmen	11.107.192



Ausgaben (gerundet)	in €
Projektaufwand (Projektförderung und -begleitung)	9.099.094
Kampagnen-, Bildungs- und Aufklärungsarbeit	65.341
Allgemeine Geschäftskosten (Allgemeine Verwaltung)	1.057.893
Mittelbeschaffung und Öffentlichkeitsarbeit	589.230
Sonstige Aufwendungen	167.609
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	582
Abschreibungen	80.199
Jahresüberschuss	47.244
Summe Ausgaben	11.107.192



*Spenden, Sponsorings und Projektzuschüsse erfassen wir nach dem Verwendungsprinzip, Mittelzuflüsse werden erst in dem Jahr erfasst, in dem die Gelder verbraucht wurden.

Ausgaben – Verwendung für Projekte

Bei der Mittelverwendung steht die Projektarbeit mit 82 Prozent an erster Stelle. Ein Teil davon fließt direkt in Form von Projektförderungen an Partnerorganisationen. Die Aufwendungen für Verwaltung liegen bei 10 Prozent und die für Mittelbeschaffung und Öffentlichkeitsarbeit bei moderaten 5 Prozent. Mehr als die Hälfte unserer Ausgaben wenden wir für Personal auf. Es ist uns auch im vergangenen Jahr gelungen, einen kleinen Jahresüberschuss zu erwirtschaften, der zur Stärkung der Rücklagen verwendet wird.

Mittelherkunft für künftige Projekte

Die Bilanzsumme ist um etwa 16 Prozent auf knapp 6,3 Millionen Euro gestiegen. Darin enthalten sind (unter Verbindlichkeiten ausgewiesen) ca. 2,3 Millionen Euro zweckgebundene Mittel, die für die zukünftige Projektarbeit bereitstehen. Hinzu kommt das Sondervermögen des Venture and Nature Fund in Höhe von ca. 772.000 Euro, es dient der Finanzierung besonders zukunfts-trächtiger Projekte. Das Eigenkapital hat einen Anteil von 22 Prozent an der Bilanzsumme und 12 Prozent am Gesamthaushaltsvolumen aus 2019.

Jahresabschluss

Die DUH erstellt ihren Jahresabschluss nach den Vorschriften des HGB für Kapitalgesellschaften. Die Jah-

resrechnung entspricht den gesetzlichen Vorschriften und liefert ein zutreffendes Bild der Vermögens- und Ertragslage der Deutschen Umwelthilfe e.V., dies bestätigt die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Herberger GmbH. Sie hat den Jahresabschluss zum 31.12.2019 geprüft. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk liegt vor.

Mitarbeitende und Standorte

Das Team der Deutschen Umwelthilfe e.V. setzt sich aus dem Bundesvorstand, den drei Bundesgeschäftsführern und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zusammen. Die Deutsche Umwelthilfe beschäftigte zum Ende des Jahres 2020 insgesamt 149 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Davon sind zwölf außertariflich und 137 nach einem DUH-Tarif bezahlt, der mit der Vergütung im öffentlichen Dienst vergleichbar ist. Das Durchschnittsgehalt (Vollzeit) der tariflichen Mitarbeitenden lag im Jahr 2019 bei 51.940 Euro, das Durchschnittsgehalt der außertariflichen Mitarbeitenden betrug 116.748 Euro. Hinzu kommt eine betriebliche Altersvorsorge. Der Vorstand erhält für seine Aktivitäten eine moderate Aufwandsentschädigung. Aus Gründen des Datenschutzes verzichtet die DUH auf die Veröffentlichung einzelner Gehälter.

95 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten in der Geschäftsstelle Berlin, 44 in der Geschäftsstelle Radolfzell, weitere vier in der Geschäftsstelle Hannover, fünf sind im Projektbüro Erfurt tätig und eine Mitarbeiterin im Projektbüro Elbe in Köthen.

Bilanz zum 31.12.2019

Aktiva	2019 in €	2018 in €	Passiva	2019 in €	2018 in €
Anlagevermögen	303.603	262.250	Eigenkapital	1.376.583	1.329.338
Umlaufvermögen	4.997.306	4.704.675	Rückstellungen	1.037.025	886.033
Aktive Rechnungsabgrenzung	32.572	11.748	Verbindlichkeiten	3.147.168	2.922.709
Sondervermögen	999.657	499.772	Sondervermögen	772.362	340.365
Summe	6.333.138	5.478.445		6.333.138	5.478.445

Ein Dank an unsere Freunde und Förderer

Wir blicken auf ein bewegtes Jahr zurück. Während die Sorge um die eigene Gesundheit und die der Angehörigen mehr und mehr in den Vordergrund rückte, mussten wir mit Erschrecken feststellen, wie so manche Akteure in Politik und Wirtschaft diese Krise nutzen wollten, um wichtige Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen von der politischen Agenda zu streichen. So war auch unsere Arbeit direkt von der Corona-Pandemie betroffen.

Wir engagieren uns für den Schutz der Biodiversität. Davon profitieren auch Wildbienen und ihre Lebensräume.



Umso gerührter waren wir von der breiten Unterstützung, die wir gerade zu diesem Zeitpunkt von so vielen Menschen erfahren haben. Ihre Mut machenden Zuschriften und Ihre finanzielle Unterstützung haben uns gezeigt, dass es sich lohnt, weiter zu kämpfen und dass der Schutz von Umwelt, Natur und Klima heute wichtiger ist denn je. Darum gilt unser ganz besonderer Dank heute Ihnen: unseren Fördermitgliedern und Mitgliedern, unseren Patinnen und Paten und unseren Spenderinnen und Spendern. Sie haben uns Aufwind in dieser Krise gegeben und unsere Erfolge überhaupt erst möglich gemacht:

Danke, dass Sie mit uns dafür gesorgt haben, dass der Bundesrat am 27. März 2020 die **neue Düngeverordnung** beschlossen hat. Damit sind auch Sie Teil eines wichtigen Schritts hin zu sauberem Wasser in Deutschland.

Danke, dass Sie mit uns die **Saubere Luft** in unseren Städten weiter vorangebracht haben. Wir haben dieses Jahr bewiesen, dass sich durch unsere Klagen die Luftqualität in den betroffenen Städten stark verbessert hat.

Danke, dass Sie es uns ermöglicht haben, unsere **Aktivitäten in Südamerika** auszuweiten und mit Umweltschutzorganisationen vor Ort zusammenzuarbeiten. Für den Anbau von Soja als Viehfutter für unsere Massentierhaltung werden dort Regen-

wälder zerstört. Unsere Forderung nehmen deutsche Politiker ernst: Sie müssen bei der Debatte um ein **Lieferkettengesetz** neben Menschenrecht und Arbeitsschutz auch den Umweltschutz mitdenken. Ein wichtiger Schritt, um die verheerenden Brände im Amazonasgebiet zu stoppen.

Danke, dass Sie uns dabei geholfen haben, den Import von **klimaschädlichem Fracking-Gas** aus den USA weiter zu verzögern. Sie haben mit uns zusammen erreicht, dass Uniper die Planungen für sein Flüssigerdgas-Terminal in Wilhelmshaven aufgegeben hat und der geplante Bau von zwei weiteren **LNG-Terminals** an der deutschen Nordseeküste immer noch nicht starten konnte.

Danke, dass Sie unseren Einsatz für **plastikfreie Städte** unterstützt haben. Dank Ihrer Hilfe konnten wir schon über 60 offizielle Anträge an Kommunen stellen, um dort in Zukunft wirksame Maßnahmen gegen die Plastikflut auf den Weg zu bringen.

Alle diese Erfolge und noch viele weitere sind auch **Ihre Erfolge**. Denn ohne Ihre Hilfe hätte unser Team sich nicht weiter mit voller Stärke für so wichtige Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen einsetzen können. Darum möchte das gesamte Team der Deutschen Umwelthilfe Ihnen heute von Herzen eines sagen:

Vielen Dank für Ihre treue Unterstützung!

Das Team der DUH

Bundesvorstand

Professor Dr. Harald Kächele,
Berlin, Vorsitzender
Burkhard Jäkel, Betzendorf
stellvertretender Vorsitzender
Carl-Wilhelm Bodenstein-Dresler,
Langenhagen,
stellvertretender Vorsitzender
Professor Dr. Margit Mönnecke,
Malans (CH)
Michael Rothkegel, Offenbach
Dr. Martin Schmidt, Berlin
Susanne Schubert, Troisdorf
Prof. Dr. Jens Pape, Berlin
Susanne Gerster, Hannover
Beisitzerin des Vorstands

Bundesgeschäftsführer

Jürgen Resch
Sascha Müller-Kraenner
Barbara Metz,
Stv. Bundesgeschäftsführerin

Bundesgeschäftsstellen

Bundesgeschäftsstelle Radolfzell
Leiterin: Sandra Hohmann
Fritz-Reichle-Ring 4
78315 Radolfzell
Telefon 07732 9995-0
Telefax 07732 9995-77
E-Mail: info@duh.de

Bundesgeschäftsstelle Berlin

Leiterin: Babett Böhme
Hackescher Markt 4
10178 Berlin
Telefon 030 2400867-0
Telefax 030 2400867-19
E-Mail: duh-ost@duh.de

Bundesgeschäftsstelle Hannover

Leiterin: Gabi Fiedler
Goebenstr. 3a
30161 Hannover
Telefon 0511 390805-0
Telefax 0511 390805-19
E-Mail: duh-nord@duh.de

Regionalverbände

Regionalverband Süd
Ansprechpartnerin: Tina Hellwig
Fritz-Reichle-Ring 4
78315 Radolfzell
Telefon 07732 9995-23
Telefax 07732 9995-77
E-Mail: hellwig@duh.de

Regionalverband Ost

Ansprechpartnerin: Ines Wittig
Hackescher Markt 4
10178 Berlin
Telefon 030 2400867-0
Telefax 030 2400867-19
E-Mail: duh-ost@duh.de

Regionalverband Nord

Ansprechpartnerin: Gabi Fiedler
Goebenstr. 3a
30161 Hannover
Telefon 0511 390805-0
Telefax 0511 390805-19
E-Mail: duh-nord@duh.de

Projektbüros

Projektbüro „Lebendige Elbe“

Poststraße 7
06366 Köthen
Telefon 03496 21000-9
Telefax 03496 21000-8

Projektbüro Erfurt

c/o KrämerLoft
Bahnhofstr. 16/Büßleber Gasse
99084 Erfurt
Telefon 0361 30254910

Projektbüro Wolgast

Breite Str. 26
17438 Wolgast
Telefon 03836 2798966

IMPRESSUM

Zeitschrift für Mitglieder und Förderer der Deutschen Umwelthilfe e.V.

■ **Herausgeber:** Deutsche Umwelthilfe e.V., Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Radolfzell, Tel.: 07732 9995-0, Fax: -77, info@duh.de, www.duh.de

■ **V.i.S.d.P.:** Jürgen Resch ■ **Redaktion:** Charlotte Finke, Janine Klein, Jutta Kochendörfer, Andrea Kuper

■ **Autorinnen und Autoren:** Nathalie Biercamp, Sascha Boden, Ina Böhm, Peer Cyriacks, Gabi Fiedler, Katharina Fietz, Thomas Fischer, Judith Grünert, Michael Hadamczik, Philipp Herrberg, Patrick Huth, Robin Kulpa, Leonie Lockau, Robert Mathias, Julia Pulcher, Hanna Rhein, Dorothee Saar, Sabrina Schulz, Philipp Sommer, Anna Wolff, Rupert Wronski ■ **Gestaltung:** Claudia Kunitzsch

■ **Redaktionsschluss:** 27. November 2020; Redaktionsschluss Finanzen und Berichte zum Silvesterfeuerwerk: 14. Dezember 2020

In DUHwelt-Artikeln verwenden wir in Bezug auf Personen oder ihre Funktionen nicht immer das grammatische Femininum und Maskulinum (z.B. Naturschützerinnen und Naturschützer) nebeneinander. Dort, wo aus Gründen der Vereinfachung nur die männliche Form gewählt wurde, sind aber dennoch alle Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht gemeint.

■ **Druck:** WKS Wachter GmbH, Bietigheim-Bissingen ■ **Anzeigen:** Jutta Kochendörfer; es gilt die Anzeigenpreisliste 2020

■ **Verlag und Vertrieb:** DUH Umweltschutz-Service GmbH, Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Radolfzell ■ **Gedruckt auf 100 % Recycling-Papier**

■ **Heftpreis: 1,50 Euro**

■ **Spendenkonto:** Bank für Sozialwirtschaft Köln | IBAN: DE45370205000008190002 | SWIFT/BIC: BFSWDE33XXX

Die Deutsche Umwelthilfe wird von zahlreichen Förderern finanziell unterstützt. Die Artikel der DUHwelt geben nicht in jedem Fall die Meinung der Förderer wieder.



© Jenny Sturmy/FotoIia

Helfen Sie mit!

Natur und Umwelt brauchen einen starken Anwalt. Wir setzen uns ein für mehr Lebensqualität – bitte unterstützen Sie uns dabei:

- intakte Ökosysteme, Artenvielfalt und Wildnis
- saubere Luft und Klimaschutz
- Müllvermeidung und Recycling
- eine bezahlbare Energie- und Verkehrswende
- verantwortlicher Konsum und ökologische Produkte
- Umweltgerechtigkeit und „Grün“ in Kommunen
- die Durchsetzung von Verbraucherrechten
- eine gesunde und ökologische Lebensweise

Machen Sie uns stark. Jetzt online Fördermitglied werden!

Vielen Dank!

[www.duh.de/
foerdermitglied](http://www.duh.de/foerdermitglied)

